FFE

# Rundbrief 3/2023

Ausgabe November 2023

FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Manfred Jeub, Robert Kölblin, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Dr. Werner Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

## Editorial *von Manfred Jeub*

Zuallererst die frohe Botschaft, die auf dem Studientag am 11. November ihre Premiere hatte: Nachdem uns die Landeskirche die Internetpräsenz bei ekiba.de aufgekündigt hat, ist jetzt unsere **eigene Website online: www.forum-friedensethik.de**. Fragen Sie bitte nicht, was so etwas kostet, reell kosten würde! Einfach dieses Jahr bei den vorweihnachtlichen Bettelbriefen das FFE auf einen Spitzenplatz setzen und die **Spende** überweisen an: IBAN DE76 6619 0000 0010 2899 55 Verwendungszweck Website. Absetzbar? Leider nein.

Die neue Homepage wird es uns ermöglichen, viel schneller auf aktuelle Ereignisse einzugehen, als es der traditionelle FFE-Rundbrief kann. So ist dort bereits eine Auswahl aus der Fülle der Stellungnahmen zum neuerlichen Gaza-Krieg zu lesen und auch eine Pressemitteilung zum Studientag, aus der die Nachrichtenagentur idea zitierte. Zu den Ereignissen in Israel/Gaza bringt diese Ausgabe des Rundbriefs zwei bemerkenswerte Wortmeldungen aus der Feder von Juristen.

Bei aller Aufmerksamkeit, die der neue Brandherd in Nahost auf sich zieht, wollen wir als Friedensinitiative den mörderischen Abnutzungskrieg in der Ukraine und die bleibende nukleare Gefährdung nicht aus den Augen verlieren. Wir dokumentieren die Predigt, die am diesjährigen Aktionstag der ehemalige Landesbischof Cornelius-Bundschuh vor den Toren des Atomwaffenlagers in Büchel hielt. Am 1. September, dem Antikriegstag, hielt Jürgen Grässlin eine beeindruckende Rede, die die ganze Absurdität forcierter Aufrüstung vor dem Hintergrund der enormen sozialen und ökologischen Menschheitsherausforderungen deutlich machte.

Eine badische Führungsposition in Sachen kirchliches Friedensengagement, so es sie an der Basis je gegeben hat, wurde jedenfalls bei Initiativen von Pfarrer*innen schon 2022 schwäbisch in den Schatten gestellt. Am Reformationstag ist der kompromisslos sich auf das Evangelium berufende Friedensaufruf erneuert worden. Chapeau!

Zu den gestandenen Politikern, die gegen den Zeitenwende-Strom schwimmen, gehört der SPD-Politiker und ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen. Wir verdanken dem Weserkurier eine kostenlose Abdruckgenehmigung. Kostenpflichtig wäre dagegen das ebenfalls sehr lesenswerte Interview der Frankfurter Rundschau mit dem Doyen der deutschen Antisemitismusforschung Prof. Dr. Wolfgang Benz gewesen unter der Überschrift „Aus Vorsicht sagt man lieber nichts“. Wer seine schonungslose Analyse der Instrumentalisierung des Antisemitismusvorwurfs in Deutschland liest, wundert sich nicht mehr, dass Benz zur Zielscheibe gerade der eifrigsten Antisemitenjäger geworden ist. Link: https://www.fr.de/kultur/gesellschaft/antisemitismus-forscher-wolfgang-benz-aus-vorsicht-sagt-man-lieber-nichts-92492470.html

Von einem solchen gibt es nach fast einjährigen Verhandlungen des Leitungskreises um ein Gespräch nur dies zu berichten: Dr. Michael Blume kneift!

Im FFE-Rundbrief 2/2022 kann man nachlesen, wie die Badische Landessynode die Eingabe des FFE, den palästinensischen Geschwistern auf ihren *Cry for hope* zu antworten, abgebogen und durch einen sog. „Dialogweg mit den palästinensischen Geschwistern“ ersetzt hat: https://forum-friedensethik.de/publikationen/ffe-rundbrief-2-22/. Nur verfügt das vollmundig angekündigte Projekt leider über keine auch nur annähernd zureichenden Ressourcen. Es bedurfte der Initiative des FFE-Leitungskreismitglieds Johannes Maier und seiner Waldkircher Friedensgruppe, dass überhaupt ein Palästinenser auf diesem Dialogweg auftauchte. Maier holte in Zusammenarbeit mit der bezirklichen Erwachsenenbildung die Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“ nach Waldkirch und sorgte für ein starkes Begleitprogramm. OKR Wolfgang Schmidt ist ein Eröffnungsvortrag zu danken, den hohe Kompetenz aus seiner Zeit als Propst von Jerusalem auszeichnet. Die Stimme eines der israelischen Politik kritisch gegenüberstehenden Judentums in Deutschland steuerte Dr. Shir Hever bei.

Der Leitungskreis klärt zurzeit sein Verhältnis zu dem landeskirchlichen Projekt.

# Inhalt

***Editorial*** *von Manfred Jeub* ..... ***1***

***Impressum*** ..... ***2***

***Predigt zu Jona 3, 10. 4, 1-11 beim ökumenischen Gottesdienst zum 6. Aktionstag „Kirchen gegen Atomwaffen“ am 24. Juni 2023 bei Büchel*** *von Landesbischof em. Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh* ..... ***3***

***Lasst uns die Zeitenwende der Zeitenwende herbeiführen – in Deutschland, in Europa, weltweit!*** *Rede von Jürgen Grässlin zum Anti-Kriegstag 1. September 2023, Marktplatz Freudenstadt* ..... ***5***

***'Das Gemetzel muss beendet werden'*** *Interview mit Günter Verheugen über Friedensverhandlungen und die Debatte in Deutschland, Weserkurier, 28. August 2023* ..... ***8***

***Zum andauernden Krieg in der Ukraine*** *Württembergischer Friedensaufruf zum Reformationstag an Kirche und Politik (31. Oktober 2023)* ..... ***11***

***Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Blume ist nicht bereit, sich Bürgerkritik zu stellen.*** *Kurzbericht von Manfred Jeub (2. Nov. 2023)* ..... ***12***

***Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“. Vortrag zur Eröffnung in der Ev. Stadtkirche Waldkirch*** *von OKR Wolfgang Schmidt (24. Sept. 2023)* ..... ***13***

***Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“. Vortrag „Das Gespenst der Nakba“*** *von Shir Hever (3. Okt. 2023)* ..... ***17***

***„Staatsräson. Zum Gebrauch des Begriffs nach dem 7. Oktober*** *von Prof. Dr. Ralf Michaels (20. November 2023)* ..... ***24***

***Deutschland steht tief im Abseits*** *von Peter Vonnahme* ..... ***29***

# Impressum

Das **„FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“** ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886
http://www.forum-friedensethik.de
Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55
Redaktion: Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468, jeub@forum-friedensethik.de

# Predigt zu Jona 3, 10. 4, 1-11 beim ökumenischen Gottesdienst zum 6. Aktionstag „Kirchen gegen Atomwaffen“ am 24. Juni 2023 bei Büchel *von Landesbischof em. Prof. Dr. Cornelius-Bundschuh*

10 *Als aber Gott ihr Tun sah, wie sie umkehrten von ihrem bösen Wege, reute ihn das Übel, das er ihnen angekündigt hatte, und tat's nicht.*
*1 Das aber verdross Jona sehr, und er ward zornig 2 und betete zum Herrn und sprach: Ach, Herr, das ist's ja, was ich dachte, als ich noch in meinem Lande war. Deshalb wollte ich ja nach Tarsis fliehen; denn ich wusste, dass du gnädig, barmherzig, langmütig und von großer Güte bist und lässt dich des Übels gereuen. 3 So nimm nun, Herr, meine Seele von mir; denn ich möchte lieber tot sein als leben. 4 Aber der Herr sprach: Meinst du, dass du mit Recht zürnst?*
*5 Und Jona ging zur Stadt hinaus und ließ sich östlich der Stadt nieder und machte sich dort eine Hütte; darunter setzte er sich in den Schatten, bis er sähe, was der Stadt widerfahren würde. 6 Gott der Herr aber ließ einen Rizinus wachsen; der wuchs über Jona, dass er Schatten gab seinem Haupt und ihn errettete von seinem Übel. Und Jona freute sich sehr über den Rizinus.*
*7 Aber am Morgen, als die Morgenröte anbrach, ließ Gott einen Wurm kommen; der stach den Rizinus, dass er verdorrte. 8 Als aber die Sonne aufgegangen war, ließ Gott einen heißen Ostwind kommen, und die Sonne stach Jona auf den Kopf, dass er matt wurde. Da wünschte er sich den Tod und sprach: Ich möchte lieber tot sein als leben.*
*9 Da sprach Gott zu Jona: Meinst du, dass du mit Recht zürnst um des Rizinus willen? Und er sprach: Mit Recht zürne ich bis an den Tod. 10 Und der Herr sprach: Dich jammert der Rizinus, um den du dich nicht gemüht hast, hast ihn auch nicht aufgezogen, der in einer Nacht ward und in einer Nacht verdarb, 11 und mich sollte nicht jammern Ninive, eine so große Stadt, in der mehr als hundertzwanzigtausend Menschen sind, die nicht wissen, was rechts oder links ist, dazu auch viele Tiere?*

*10 Da sah die Gottheit, was sie taten: Ja wirklich! Sie kehrten um von ihren bösen Wegen. Die Gottheit bereute das Unheil, das sie angekündigt hatte ihnen anzutun, und sie tat es nicht.*
*Das missfiel Jona sehr und er entbrannte. 2 Er warf sich vor Adonaj hin und sagte: »Ach! Adonaj! Waren das nicht meine Gedanken, als ich noch in meiner Heimat war? Genau deshalb wollte ich nach Tarschisch fliehen, denn ich wusste, dass du ein gnädiger und barmherziger Gott bist, mit langem Atem und reich an Freundlichkeit. Du überlegst es dir wegen des Unheils noch einmal anders. 3 Jetzt Adonaj – nimm mein Leben von mir, denn ich ziehe meinen Tod meinem Leben vor.« 4 Adonaj sprach: »Ist es gerechtfertigt, dass du entbrannt bist?«*
*5 Jona ging hinaus aus der Stadt und ließ sich östlich der Stadt nieder, machte sich dort eine Laubhütte und setzte sich unter ihr in den Schatten, bis dass er sähe, was in der Stadt geschehen würde. 6 Da bestimmte Adonaj, die °Gottheit, einen Strauch, eine Rizinuspflanze. Der wuchs über Jona, um seinem Kopf Schatten zu spenden, um ihn aus seinem Missmut herauszureißen. Jona freute sich sehr über den Strauch.*
*7 Doch die Gottheit bestimmte einen Wurm, der, als die Morgenröte am folgenden Tag aufstieg, den Strauch stach, so dass er verwelkte. 8 Und als die Sonne aufging, bestimmte Gott einen heißen Ostwind. Die Sonne brannte auf Jonas Kopf, so dass ihm schummrig wurde und er sich wünschte, dass seine Lebenskraft ersterbe. Er sagte: »Mein Tod wäre besser als mein Leben.«*
*9 Darauf sagte Gott zu Jona: »Ist es gerechtfertigt, dass du wegen des Strauches entbrannt bist?« Jona erwiderte: »Ja! Es ist gerechtfertigt, dass ich entbrannt, ja tödlich beleidigt bin.« 10 Adonaj sprach zu Jona: »Dich bekümmert der Strauch, mit dem du keine Mühe hattest und den du nicht großgezogen hast, der innerhalb einer Nacht entstand und innerhalb einer Nacht zugrunde ging. 11 Ich jedoch – sollte ich nicht bekümmert sein wegen Ninive, der riesigen Stadt, in der es mehr als 120.000 Menschen gibt, die nicht zwischen rechts und links zu unterscheiden vermögen, und außerdem viel Vieh?«*

I

Jonas Predigt war kurz, aber erfolgreich: 40 Tage – Ninive wird untergehen! Fünf hebräische Worte reichen und die Großmacht Ninive kehrt um. Die Menschen erkennen, dass sie auf bösen Wegen sind, die in den Abgrund führen. Sie hoffen: „Wer weiß …, wenn wir jetzt umkehren, vielleicht werden wir nicht verderben?!“
Wie eine große Transformation im Zeitraffer stelle ich mir vor, was dann geschieht: Gerechtigkeit breitet sich aus. Der Abstand zwischen unten und oben wird kleiner, ob es um Geld geht, um Bildung oder Teilhabe. Und nicht nur im Innern, auch international. Wir werben nicht mehr die

Pflege-Fachkräfte aus Ghana ab, die dort dringend gebraucht werden; wir heißen die willkommen, die vor Hunger, Unfreiheit und Krieg zu uns fliehen. Sie finden Arbeit und Bildung für sich und ihre Kinder. Statt Rohstoffe möglichst billig aus dem Kongo herauszuholen, setzen wir uns dafür ein, dass sie dort weiterverarbeitet werden, so dass dort im Land eine Wirtschaft entsteht, die sich selbst trägt.
Ob König oder Untertan, ob Mensch oder Tier: es herrscht ein neues, ein inklusives Miteinander! „Und als Gott ihr Tun sah, wie sie umkehrten von ihren bösen Wegen, reute ihn das Übel, das er ihnen angekündigt hatte, und tat's nicht."

II

Jona gefällt das nicht! Er sieht, was Ninive alles angerichtet hat: Andere Länder brutal ausgebeutet. Menschen verschleppt. Die eigenen Leute klein gehalten; sie aufeinandergehetzt. – Er sieht die Schrecken der Vergangenheit und er ist skeptisch für die Zukunft: „Lässt sich denen trauen? Die planen gleich den nächsten Rechtsbruch, wenn wir sie jetzt nicht so klein machen, dass sie nie wieder Unrecht tun können!"
Jona gefällt Gottes Barmherzigkeit nicht! Er ist Moralist. Er hasst die Zweideutigkeit. Er braucht Klarheit: Das ist gut und das ist böse! Seine Logik ist so stark, dass ihn der Untergang einer ganzen Stadt nicht schrecken kann. In einer Welt, in der Ninive weiterleben darf, will Jona nicht leben. Wenn Gottes Güte und Langmut das Recht außer Kraft setzen – dann ist das nicht seine Welt.

III

Ob Atomwaffen in Jonas Logik gepasst hätten? Sie sind eindeutig. Sie sind vielleicht das Eindeutigste, was wir haben. Sie sind Waffen, die keine Grenze kennen. Sie bringen Tod und Verderben, ohne Rücksicht auf die menschlichen Opfer und die Leiden, die sie in unserer Mitwelt verursachen. Sie sollen die Guten gegen die Bösen sichern, die Freiheit gegen die Unfreiheit, das Eigene gegen das Fremde: nicht nur hier in Büchel – überall, wo und von wem sie auch stationiert sind. Sie sichern das jeweilige politische System, das sie kontrolliert; sie geben ihm eine letzte, absolute Verfügungsgewalt.

IV

„Zürnst Du mit Recht?" fragt Gott. Jona ist gefangen in seiner Weltsicht. Er antwortet nicht. Er geht aus der Stadt. Er baut sich eine Hütte. Er setzt sich in den Schatten, „bis er sähe, was der Stadt widerfahren würde." Er will mit all dem nichts mehr zu tun haben. Er will nur noch zuschauen, ob er Recht behält. Jona will Zuschauer sein, Zuschauer beim Weltuntergang. Doch Gott lässt Jona nicht im Zorn. Gott bewegt ihn, lockt ihn heraus aus seiner Eindeutigkeit.
Als ein Rizinusstrauch aufwächst und ihm Schatten spendet, freut sich Jona. Sein Zorn verraucht. Es ist schön, im Schatten die Aussicht zu genießen. „Nichts Besseres weiß ich mir an Sonn- und Feiertagen als ein Gespräch von Krieg und Kriegsgeschrei, wenn hinten, weit, in der Türkei, die Völker aufeinanderschlagen." So angenehm kann ein kleiner Strauch einem das Leben machen.
Doch dann kommt ein Wurm. Er sticht in den Rizinus, dass er verdorrt. Kein Schatten mehr. In der sengenden Sonne und unter dem zermürbenden Ostwind wird Jona schwach und matt. Und er erinnert sich, dass er doch eigentlich lieber sterben wollte.
Wieder fragt Gott: „Meinst Du, dass Du mit Recht zürnst?" „Ja, ich bin mit Recht tödlich beleidigt", antwortet Jona. Da spricht Gott: „Dich bekümmert der Strauch, mit dem du keine Mühe hattest und den du nicht großgezogen hast, der innerhalb einer Nacht entstand und innerhalb einer Nacht zugrunde ging. Ich jedoch – ich sollte nicht bekümmert sein wegen Ninive, der riesigen Stadt, in der es mehr als 120.000 Menschen gibt, die nicht zwischen rechts und links zu unterscheiden vermögen, und außerdem viel Vieh?"

V

Jona ist gefangen in seiner Eindeutigkeit. Er kann nicht verzeihen. Er kann sich nicht auf Ninive zu bewegen. Er ist zornig, weil Gott seiner binären Logik nicht folgt.
Da lässt ihn Gott erleben, wie reich das Leben jenseits des „gut gegen böse" ist. „Nimm dein eigenes Leben ernst, Jona!" ruft Gott ihm zu. „Nimm das Leben in Ninive ernst, auch das Leben der Tiere! Ist nicht ein einzelnes Leben, auch das eines Feindes, wichtiger als die Stimmigkeit eines Systems?"
Gott löst die Spannung zwischen Recht und Erbarmen nicht auf. Er stellt sich eindeutig und klar gegen die Großmacht, die auf bösen Wegen unterwegs ist. Gott steht auf der Seite der Opfer und der Gerechtigkeit und gebietet der Bosheit durch Jona Einhalt. Aber Gott ist zugleich „gnädig, barmherzig, langmütig und von großer Güte". Darauf hofft Ninive; daran machen wir uns fest.
Leben gelingt, weil Gott beide Seiten hat; weil Gott sich bewegt und seine Planungen umstößt. Weil Gott vergibt und Umkehr möglich macht. Weil Gott zusammenführt und verbindet, auch die, die streiten und auf unterschiedlichen Wegen gehen, sogar die Feinde. „Das letzte Wort ist – Erbarmen. Gottes Erbarmen über diese Welt, so

irregeleitet und abgefallen sie sein mag.“ (Rüdiger Lux)

VI

Darauf lässt sich eine Welt bauen, die sich nicht der „Freund gegen Feind“-Logik unterwirft. Eine Welt, in der Gewalt auch gegen „die Kleinen“ verbindlich und verlässlich begrenzt wird. Eine Welt, in der wir Zwischenräume aufspüren, in denen wir gemeinsam zivile, gewaltarme Wege finden, mit unseren manchmal unauflösbaren Konflikten umzugehen.

Atomwaffen bedrohen mit ihrer brutalen Eindeutigkeit diese Lebensräume. Sie überschreiten jeden Kipppunkt der Gewalt. Sie vertragen sich deshalb auch nicht mit der Demokratie. Sie stehen für einen Sieg des Totalitarismus: Keine Diskussion mehr! Kein Innehalten! Keine Kompromisse! Keine Umkehr – nur noch Leid und Geschrei! Einer drückt den Knopf – dann geht alles automatisch. Dann hat alles seinen Sinn verloren, was Demokratie ausmacht.

Wer eine demokratischere Welt will, wird über Sicherheit neu nachdenken, über ihre zivilen und auch über ihre militärischen Komponenten. Die Atomwaffen haben keinen Platz darin.

VII

Würde ich gerne Jona sein?

Ja, ich würde gerne Worte finden, die Menschen Mut machen zur großen Transformation, die wir so dringend brauchen. Ich hätte wie Jona Angst, nach Ninive zu gehen, zu den Atommächten, und dort laut zu rufen; aber wenn ich mich trauen würde – so wie Sie heute hier: ich wünschte, sie würden auf uns hören, wie Ninive auf Jona gehört hat. Wir wollen nicht Recht behalten mit den Schreckensbildern, die wir seit Jahren malen. Wir wollen nicht zuschauen beim Weltuntergang und sagen: „Wir haben es ja gesagt, wie bedrohlich schon der Besitz, die Tests, die Drohungen mit diesen Waffen sind.“ Wir wollen beweglich bleiben wie Gott – um des Lebens willen.

Zurzeit sind die Fronten verhärtet. Krieg und Rüstung und Atomwaffen scheinen alternativlos. Da ist die Gefahr groß, dass wir hart werden wie Jona, und uns einfangen lassen von der Logik: die oder wir, gut oder böse. Die kleine Geschichte des Rizinusstrauches lockt uns heraus aus unserer Sucht nach Eindeutigkeit. Sie macht uns Mut, die Zwischenräume zu suchen, in denen Frieden und Gerechtigkeit wachsen können. Sie macht uns Mut, mit denen zu streiten, die in diesen Kriegszeiten Aufrüstung fordern und die deutsche Nuklearteilhabe jetzt wichtiger finden denn je.

Gott bewegt sich – und wir lassen uns bewegen: Gerade im Krieg müssen wir über Frieden reden, auch mit den Feinden; gerade im Krieg setzen wir uns für Abrüstung und wirksame zivile Alternativen ein. Gerade im Krieg müssen wir die Atomwaffen abrüsten!

Gott bewegt sich, damit ich, damit wir beweglich bleiben. Gott gibt uns die Widerstandskraft, die wir brauchen, um für weniger Gewalt und mehr Gerechtigkeit und Freiheit zu streiten, für eine lebenswerte Zukunft für kommende Generationen. Im Glauben an diesen beweglichen Gott brechen wir auf – in eine Zukunft ohne Atomwaffen.

## Lasst uns die Zeitenwende der Zeitenwende herbeiführen – in Deutschland, in Europa, weltweit! *Rede von Jürgen Grässlin zum Anti-Kriegstag 1. September 2023, Marktplatz Freudenstadt*

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren,

im dritten Jahrzehnt des 21. Jahrhunderts befindet sich die Menschheit – historisch gesehen – in ihrer tiefsten existentiellen Krise. Ich nenne pars pro toto einige der dramatischen Fehlentwicklungen:

* Die Klimakatastrophe schreitet nahezu ungebremst voran. Zerstörerische Extremwetterlagen nehmen zu, Südeuropa erlebt in diesem Sommer eine nie gekannte Feuersbrunst, die Mittelmeerregion droht zu versteppen. Die Desertion von Trockensavannen und Halbwüsten zu Wüsten erreicht dramatische Ausmaße. Gletscher und Polkappen schmelzen, der Golfstrom wird seine Richtung verändern. Sukzessive wird ein irreversibler Klima-Kipppunkt nach dem anderen überschritten.

* Die Flüchtlingshilfe der Vereinten Nationen zählte 2022 mehr als 108 Millionen Menschen. Sie fliehen vor den Folgen der voranschreitenden Klimakatastrophe und vor der todbringenden Gewalt von Kriegen und Bürgerkriegen.[1]

* Die Militärausgaben der Weltgemeinschaft stiegen 2022 auf unglaubliche 2,2 Billionen US-

Dollar.[2] Allein in Deutschland werden unter der Ägide der Ampelkoalition von SPD, GRÜNEN und FDP mehr als 70 Milliarden Euro im Jahr ausgegeben für die weitere Aufrüstung und Militarisierung.

* Drei Tage nach der völkerrechtswidrigen Intervention Russlands in der Ukraine verkündete Bundeskanzler Olaf Scholz im Februar 2022 die sogenannte „Zeitenwende". Gemeint ist vor allem die Einrichtung eines Sondervermögens in Höhe von 100 Milliarden Euro für die weitere Hochrüstung der Streitkräfte. Damit wird die Bundeswehr – nach den USA, China und Russland – zur viertstärksten Armee der Welt aufsteigen. Zugesagt ist auch die weitere Steigerung der deutschen Militärausgaben für die NATO auf 2% des Bruttoinlandprodukts.

* All das ist Geld aus dem einen Bundeshaushalt. Geld, das fehlt in der Bildung, im Gesundheitswesen, in der Pflege, im Erhalt des Sozialstaats. Um nur ein einziges Beispiel zu nennen: Im vermeintlich reichen Deutschland ist jedes fünfte Kind von Armut bedroht.

* Anders als in den Jahrzehnten zuvor gehen von Deutschland viel zu wenig Impulse für den Erhalt und Ausbau des Sozialstaats und kaum noch Impulse für Rüstungskontrolle, Abrüstung und Friedensverhandlungen aus.

* Stattdessen liefert die NATO mit Deutschland Kriegswaffen in dreistelliger Milliardenhöhe an die Militärs in Kiew. Dabei hat sich Deutschland zur Drehscheibe der Waffenlieferungen des Westens für die Ukraine entwickelt.

* Am bedrohlichsten aber ist die Lage im Bereich der Nuklearwaffen: Die „Doomsday Clock" – sprich die Atomkriegsuhr – bildet seit 1947 die Minuten eines Tages bis Mitternacht ab. Gemeint ist der Zeitpunkt bis zum Ausbruch eines alles vernichtenden Atomkriegs. Noch nie zeigte die Doomsday Clock einen so eklatant kurzen Zeitraum vor Mitternacht an: gerademal noch 1,5 Minuten. Mit der weltweiten Modernisierung der Atomwaffenarsenale der USA, Russlands, Chinas, Großbritanniens und Frankreichs, verbunden mit der russischen Drohung des Atomwaffeneinsatzes im Ukraine-Krieg, steuert die Menschheit zielstrebig auf die Apokalypse zu.[3]

Nein, so kann und darf es nicht weitergehen! Wir alle – in den Gewerkschaften, in den Kirchen, in der Friedensbewegung und in der demokratischen Gesellschaft – müssen diesen dramatischen Fehlsteuerungen mit aller Kraft entgegentreten.

**Wir fordern: Diese selbstzerstörerische suizidale Entwicklung muss gestoppt werden! Was die Welt braucht ist Frieden und Gerechtigkeit, die Wahrung der Menschenrechte, der Schutz und Erhalt der natürlichen Ressourcen – keinesfalls aber immer mehr Sozialabbau, immer mehr Waffen und immer mehr Militär!**

**„Die Welt braucht Frieden!"**

Das Motto unseres Antikriegstags in Freudenstadt und des DBG ist: „Die Welt braucht Frieden!" Ja, die Welt braucht Frieden, schon deshalb, weil die Menschheit überleben will. Laut Angaben des Hamburger Friedensforschungsinstituts AKUF tobten im Jahr 2022 28 bewaffnete Konflikte und Kriege, vor allem in Afrika und Asien, zudem in Kolumbien in Südamerika und in der Ukraine in Europa.[4]

Dabei hilft Waffengewalt keinesfalls weiter. Um den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg Russlands zu stoppen und die Besatzer aus dem Land zu jagen, haben die USA mit fast allen anderen Staaten der NATO Kriegswaffen in nie zuvor gekanntem Volumen an das ukrainische Militär geliefert. Doch anderthalb Jahre nach Kriegsbeginn ist die Ukraine dem Frieden nicht einen Schritt nähergekommen. Vielmehr verursacht der Abnutzungskrieg zwischen Russland und der Ukraine unermessliches Leid.

Schon jetzt sind weite Teile des Ostens und Südens des Landes zerstört, ist ein Drittel des Landes mit Landminen verseucht. Bereits nach einem Jahr waren rund 100.000 Tote auf beiden Seiten zu beklagen: jeweils rund 40.000 ukrainische und russische Soldaten, rund 20.000 Zivilistinnen und Zivilisten – mittlerweile sind es weitaus mehr.

**Wir wollen, dass die Waffen schweigen! Dazu müssen nachhaltig wirkende Schritte zum Frieden eingeleitet werden!**

* Zuallererst müssen wir Solidarität üben mit allen, die den Kriegsdienst verweigern. Bisher aber werden hierzulande russische Kriegsdienstverweigerer in Asylverfahren in der Regel abgelehnt. Wir fordern von Deutschland generellen Schutz und Asyl bei Kriegsdienstverweigerern aus Russland, aus Weißrussland und aus der Ukraine.

Denn die Ukraine hat das Recht auf KDV mit Beginn des Krieges ausgesetzt.

* Die russischen Truppen müssen sich aus der Ukraine zurückziehen, die territoriale Integrität des Landes muss wieder hergestellt werden.

* Zu Recht erklärt der DGB in seiner Stellungnahme zum heutigen Antikriegstag: „Wir warnen aber eindringlich vor dem Irrglauben, immer mehr Waffen für die Ukraine würden zu einem schnelleren Ende des Krieges führen. Und wir warnen vor der einseitigen Fixierung der Debatte auf Waffenlieferungen und ein Denken in den Kategorien ‚Sieg' oder ‚Niederlage'." Denn: „Mit Waffen lässt sich kein Frieden schaffen!"[5] Danke, liebe Kolleginnen und Kollegen für diese klare Stellungnahme!

* Wie also kann die Lösung aussehen? Die Ukraine und Russland sollten sich schnellstmöglich ohne Vorbedingungen an den Verhandlungstisch setzen. Eingeladen vom Generalsekretär der Vereinten Nationen auf neutralem Boden, in Genf oder Wien. Dort muss ein Modell der Neutralität der Ukraine mit Schutzgarantien der UN, der NATO und Russlands ausgehandelt werden.

Lasst uns noch weiterdenken:

* Die Menschenrechte müssen weltweit wieder geachtet und für alle Menschen umgesetzt werden.

* Eine neue Phase der Abrüstung und Entmilitarisierung muss eingeleitet werden, die an die Erfolge der Neunzigerjahre des letzten Jahrhunderts anschließt. Für die kommenden Jahrzehnte müssen neue Friedensverträge im Bereich der konventionellen und atomaren Abrüstung geschlossen werden.

* Nie wieder darf sich die Menschheit auf Kriege und Bürgerkrieg einlassen. Aus der umfassenden unwiderlegten Studie „Why Civil Resistance Works" der beiden US-Forscherinnen Erika Chenoweth und Maria Stephan lernen wir: Ziviler Widerstand ist wesentlich erfolgreicher als militärischer. „Gewaltfreie Revolutionen in Afrika, Asien, Amerika oder Europa waren bisher häufiger von Erfolg gekrönt als bewaffnete. Zudem starben beim Widerstand ohne Waffengewalt weit weniger Menschen, auch erlitten viel weniger Traumatisierungen."[6]

**Wir fordern: Die Welt braucht Frieden! Schaffen wir diesen Frieden: in Europa, auf der ganzen Welt!**

**Für die Zeitenwende der Zeitenwende**

Liebe Friedensfreundinnen und Friedensfreunde,

um mich herum finden sich Menschen, die abgrundtief enttäuscht sind vom gnadenlosen Roll-Back in die Zeit der Blockkonfrontation, der Aufrüstung und Militarisierung. Nicht wenige von ihnen wollen sich abschotten, sich in die vermeintlich heile Welt des Privaten zurückziehen.

Aber jetzt ist nicht die Zeit, um sich still und leise ins Privatleben zurückzuziehen. Nicht die Zeit, um die nächste Urlaubsreise mit Flügen auf die Kanaren oder auf die Malediven zu planen. Nicht die Zeit, um in die virtuelle Welt der Computerspiele zu flüchten. Und auch nicht die Zeit, um gefrustet ins politische Nirwana abzutauchen.

Angesichts der dramatischen Lage in Deutschland, in Europa und in der Welt brauchen wir jede und jeden von Ihnen und euch, um diesen destruktiven Entwicklungen mutig und kraftvoll und lautstark entgegenzutreten. Jetzt ist die Zeit gekommen zum aktiven Handeln, zur vehementen Einmischung in die politischen Diskussionen auf allen Ebenen, zum gewaltfreien und kreativen Widerstand gegen die Zerstörung unseres Planeten.

**Deshalb, liebe Freundinnen und Freunde: Lasst uns gemeinsam die Zeitenwende der Zeitenwende ausrufen!**

**Und damit die Abkehr von der militärischen hin zur zivilen und sozialen und damit gerechten Zeitenwende!**

Ja, die Aufgabe, die vor uns liegt, ist gewaltig: In den kommenden Jahren und Jahrzehnten müssen wir uns selbst und auch unseren Kindern und Enkeln viel Engagement und Kraft abverlangen. Denn freiwillig werden Militär und Rüstungsindustrie und ihre politischen Protegés sich nicht von ihrer durchaus lukrativen und profitablen Kriegspolitik abwenden.

Allein in Deutschland muss die Politik monetäre Mittel im Umfang von mehreren hundert Milliarden Euro anders investieren. Geld, das zukunftsgerichtet und damit wesentlich sinnvoller eingesetzt wird für die Bekämpfung der Armut und des Hungers, für Frieden und Gerechtigkeit, für Soziales, Pflege und Bildung. Geld, das wir in einem

harten Verteilungskampf dem Militär und der Rüstung entziehen müssen.

Zum Schluss, liebe Freundinnen und Freunde, will ich auf das so wichtige Szenario der Badischen Landeskirche – „Sicherheit neu denken“ – verweisen. Wir müssen dieses Konzept bundesweit bekannt machen und mit aller Kraft umsetzen. Dieses Szenario weist den Weg „von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik". Es zeigt in realistischen Schritten, „wie Deutschland analog dem Ausstieg aus der Atom- und Kohleenergie bis zum Jahr 2040 die militärische Aufrüstung überwinden könnte“.[7]

**Damit wir all diese Ziele erreichen, müssen wir handeln – jetzt handeln! Denn wir wollen unseren Kindern und Kindeskindern eine friedlichere, gerechtere und damit bessere Welt hinterlassen!**

Vielen Dank.

_____

Quellen:

[1] Siehe https://www.uno-fluechtlingshilfe.de/informieren/fluechtlingszahlen

[2] Siehe https://de.statista.com/statistik/daten/studie/157935/umfrage/laender-mit-den-hoechsten-militaerausgaben/

[3] Siehe https://de.statista.com/statistik/daten/studie/257221/umfrage/veraenderungen-der-atomkriegsuhr/

[4] Siehe www.akuf.de für 2022

[5] Aufruf des DGB: „Antikriegstag 2023: Die Welt braucht Frieden!“

[6] Grässlin, Jürgen: Einschüchtern zwecklos. Unermüdlich gegen Krieg und Gewalt – was ein Einzelner bewegen kann, München 2023, S. 336 und S. 365

[7] Siehe https://www.ekiba.de/infothek/arbeitsfelder-von-a-z/frieden-gerechtigkeit-2/kirche-des-gerechten-friedens/szenario-sicherheit-neu-denken/

## 'Das Gemetzel muss beendet werden' *Interview mit Günter Verheugen über Friedensverhandlungen und die Debatte in Deutschland, Weserkurier, 28. August 2023*

***Der ehemalige EU-Kommissar Günter Verheugen (SPD) gehörte zu den Erstunterzeichnern des "Manifests für den Frieden".***

Herr Verheugen, was vermuten Sie in Zusammenhang mit dem Flugzeugabsturz, bei dem Jewgeni Prigoschin ums Leben gekommen ist?

**Günter Verheugen:** Ich kann da nur spekulieren wie alle anderen auch. Die üblichen Theorien kursieren: Dahinter steckt Putin, der russische Generalstab, die Ukraine, die CIA … ich weiß nicht das Geringste. Alles ist möglich, und man kann frei nach Schillers Maria Stuart feststellen: „Dieser Prigoschin starb Euch sehr gelegen.“

***Davon abgesehen scheint die Vorstellung, mit Russland friedlich und kooperativ ein geeintes Europa zu formen, derzeit so weit weg wie der Mond von der Erde.***

Wenn wir die großen Aufgaben betrachten, die uns als Menschheit und Staatengemeinschaft gestellt sind, ist ein Krieg das letzte, was wir brauchen. Wir müssen unsere Kräfte konzentrieren, um die großen, lebensbedrohlichen Krisen zu bewältigen. Da kann man nicht einen Staat ausschließen, weil einem die Zustände dort nicht gefallen.

***Sondern?***

Ich bin sehr geprägt von der frühen Entspannungspolitik. Ich habe sie nicht nur miterlebt, sondern ich war daran beteiligt. Wenn Willy Brandts Position gewesen wäre, dass man mit Breschnew nicht reden kann, wäre der Kalte Krieg bis heute nicht beendet. Wenn ich möchte, dass sich die Verhältnisse in einem autoritären Staat ändern, erreiche ich das nicht mit militärischem Druck, sondern indem ich ein Vertrauensverhältnis schaffe.

***Sie sagen, dass der Krieg in Deutschland auf einen Kampf zwischen Gut und Böse reduziert wird. Es gibt eine ungeheure Solidarisierung mit dem Guten, der Ukraine, gegen das***

***Böse, Putin und Russland. Wie erklären Sie sich das?***

Der Umsturz in der Ukraine wird bei uns dargestellt als eine demokratische Revolution von begeisterten Pro-Europäern. Das war eine fabelhafte PR-Nummer, denn es ist nur ein Ausschnitt der Wahrheit. Es war ein vorbereiteter Staatsstreich. Die ersten Maßnahmen der Übergangsregierung waren gegen die russischstämmige Bevölkerung in der Ukraine gerichtet. Dann begann der Krieg, 2014 mit der sogenannten Anti-Terror-Operation, und die russische Politik von Putin wurde dämonisiert. Die Annexion der Krim hat ihn ins Unrecht gesetzt, das machte es leicht. Der Krieg in der Ukraine wird entsprechend überhöht zu einem Kampf zwischen rivalisierenden Systemen.

***Zwischen Demokraten und Autokraten …***

… aber das ist dieser Krieg nicht. Es geht nicht um Ihre oder meine Sicherheit. Wegen meiner Freiheit und zur Verteidigung meiner demokratischen Rechte muss kein Mensch in der Ukraine sterben. Meine Freiheit ist nicht durch Russland bedroht. Schon allein das zu sagen, bringt einen heute in den Verdacht, ein nützlicher Idiot des Kremls zu sein. Deshalb, um keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Es besteht kein Zweifel daran, dass Russland der Aggressor ist, Verträge und Grundsätze verletzt hat, die das friedliche Zusammenleben in Europa regeln sollen. Aber man muss die Vorgeschichte dieses Kriegs kennen, um sich ein sachliches Urteil zu bilden.

***Inwiefern?***

Statt einfach zu behaupten, der Zweite Weltkrieg sei allein auf einen Verrückten namens Hitler zurückzuführen, gibt es zu der Vorgeschichte eine Bibliothek mit Millionen Büchern. Das ist bei diesem Krieg nicht anders: Ein langer Weg hat dorthin geführt, wenn wir ihn nicht erkennen wollen, sind wir dazu verurteilt, die Fehler der Vergangenheit zu wiederholen.

***Wie kommt es, dass die Vorgeschichte in der derzeitigen Debatte so gut wie keine Rolle spielt?***

Weil es in der offiziellen westlichen Darstellung keine Vorgeschichte gibt. Zudem übt die Ukraine moralischen Druck aus, dieser Druck wird in den deutschen Medien massiv verstärkt. Die Waffen, die an die Ukraine geliefert werden, sind nie genug. Und ich frage mich, wohin das am Ende führen soll, wenn man es auf der anderen Seite mit einer Atommacht zu tun hat.

***Sie fragen auch, welches Ziel Deutschland mit seiner Beteiligung am Krieg hat.***

Ich habe absolut nichts dagegen, dass wir der Ukraine helfen, ihre Souveränität und territoriale Integrität zu verteidigen. Die Fragen sind nur: Wie soll der Krieg beendet werden und was kommt danach? Bleibt es bei der Idee eines geeinten Europas? Welche Rolle soll Russland darin künftig spielen? Wenn das politische Ziel des Westens ein sogenannter Siegfrieden ist, bei dem der Westen Russland die Friedensbedingungen diktieren kann, dann sage ich: Dieses Ziel ist nicht erreichbar. Wenn das Ziel Regime Change heißt, einschließlich Putin loszuwerden, dann kann ich nur vor Träumereien warnen. Wenn das Ziel ist, Russland zu ruinieren, wie Annalena Baerbock es formulierte: Auch dieses Ziel ist nicht erreichbar. Wenn das Ziel ist, Russland zu isolieren: Auch das ist nicht geschehen.

***Noch einmal zurück zu der Frage von Gut und Böse: Wie erklären Sie sich, dass die Debatte in Deutschland verengt ist?***

Ich kann diese Frage nicht vollends beantworten. Einen Grund sehe ich in der fundamentalistischen Außenpolitik der Grünen. Mir war unwohl, als sich die Ampelkoalition gebildet hat. Nicht nur, weil man vorhersehen konnte, dass sich die Parteien ständig streiten würden, sondern eben wegen der grünen Außenpolitik. Sie macht unsere angeblichen hohen moralischen Ansprüche zum Maßstab für alles und ist mit Sanktionen (völkerrechtswidrig) und Pressionen schnell bei der Hand. Die Ziele, für die die Bundesaußenministerin eintritt, sind wunderbar: Wer wollte nicht mehr Freiheit, Demokratie oder Rechtsstaatlichkeit? Aber wie setzt man das in einer Welt durch, die bei uns Heuchelei erkennt und doppelte Standards beklagt?

***Wie?***

Jedenfalls nicht durch Repressalien und Belehrung. Die Welt ändert sich dramatisch. In der Konferenz der Brics-Staaten zeigen sich die Umrisse einer neuen Weltordnung – nicht zu unseren Gunsten. Die einflussreichsten Weltregionen der Zukunft liegen nicht in Europa oder Nordamerika, sondern in Asien, Lateinamerika und Afrika. Die Botschaft der Brics-Staaten ist: Wir haben es satt, ständig von euch belehrt, geschurigelt und

bevormundet zu werden. Unsere Welt ist so beschaffen, dass man nur mit Gesprächsbereitschaft und im Dialog unter Beachtung der gegenseitigen Interessen einen Weg findet, im Frieden miteinander zu leben.

***Auch die Ukraine hat eine Vorgeschichte ...***

Die Minsker Abkommen sollten eine Lösung für die inneren Konflikte in der Ukraine finden. Mich macht betroffen, dass der damalige Bundesaußenminister und heutige Bundespräsident diese Bemühungen inzwischen als Fehler ansieht. Noch betroffener macht mich, dass Frau Merkel heute sagt, das sei alles nicht ernst gewesen. Denn das Minsk-2-Abkommen sollte die Rechte der russischen Minderheit sicherstellen. Zur vollen Wahrheit gehört, dass die Verantwortlichen in der Ukraine nicht einen Tag lang ernsthaft daran gedacht haben, die im Abkommen vorgesehenen Maßnahmen umzusetzen.

***Mit den Verantwortlichen meinen Sie ukrainische Oligarchen?***

Ja, und ihre Marionetten in der ukrainischen Politik. Die Ukraine ist ein Land mit ungeheurem Potenzial. Das zivile Engagement ist ungemein groß. Es gibt natürliche Reichtümer. Die Ukraine könnte ein glückliches stabiles Land sein. Aber die beiden Hauptprobleme des Landes sind seit dreißig Jahren ungelöst: endemische Korruption und Oligarchenherrschaft.

***Deutschland gibt wieder deutlich mehr Geld für Rüstung aus. Hätten Sie sich das träumen lassen?***

Rüstungsaufwendungen sind die unproduktivsten und umweltfeindlichsten Ausgaben, die man sich vorstellen kann. Wir finanzieren sie durch Kredite. Man könnte also von Kriegskrediten reden, und jedem Sozialdemokraten müssten sich dabei die Haare aufrichten. Der Rüstungswettlauf hat längst begonnen. Das wird nicht gut enden. Ich plädiere dafür, die Rüstungskontrollpolitik wieder aufzunehmen. Das ist die Überlebensfrage schlechthin.

***Wieso stehen Ihren Parteifreunden nicht die Haare zu Berge?***

Das mag damit zusammenhängen, dass eine andere Generation von Politikern am Werke ist. Mangelndes Geschichtsbewusstsein spielt sicher eine Rolle. Ich bin geprägt von der frühen Bundesrepublik. Ich erinnere mich daran, wie das Leben in einem nicht nur materiell, sondern auch moralisch zerstörten Land ausgesehen hat. Nie wieder Krieg, das ist im Bewusstsein meiner Generation und derjenigen, die den Krieg selbst noch erlebt haben, tief verankert.

***Wie wird es weitergehen?***

Es ist doch offensichtlich, dass die Ukraine verzweifelt versucht, dass das Engagement des Westens und der Nato die Grenze zur direkten Intervention überschreitet. Das hätte die direkte Auseinandersetzung der beiden Super-Atommächte zur Folge und wäre der Schritt in den Abgrund. Wir müssen also unsere ganze Kraft einsetzen, um Russland und die Ukraine an den Verhandlungstisch zu bekommen. Ich halte es für einen Fehler, die Strategie der Ukraine bedingungslos zu unterstützen, ohne Verhandlungsbereitschaft zu verlangen, und zwar ohne Vorbedingungen.

***Warum sollte Russland verhandeln?***

In der Tat, Russland haben wir nicht mehr viel anzubieten. Dennoch glaube ich, dass die Option einer engen Kooperation mit der EU für Russland immer noch attraktiv ist. Und wenn man in Deutschland sagt, dass man mit diesen Verbrechern doch nichts mehr zu tun haben kann, möchte ich in aller Bescheidenheit auf unsere Vergangenheit hinweisen wollen. Wir haben einen Krieg angefangen, der alle Maßstäbe gesprengt hat, trotzdem wurde uns nach 1945 wieder die Hand gereicht.

***Sehen Sie eine Chance für Dialog und Aussöhnung?***

Die gibt es immer.

***Deutet irgendetwas darauf hin?***

Ich habe den Eindruck, dass in allen europäischen Ländern die öffentliche Skepsis gegenüber der jetzigen Ukraine-Politik wächst. Ich habe sogar den Eindruck, dass die große Mehrheit der Deutschen zwar dafür ist, dass man der Ukraine beisteht, aber auch fordert, dass der Krieg so schnell wie möglich beendet und in Friedensverhandlungen eingetreten wird. Das Gemetzel muss beendet werden. Das zu bewirken ist die wichtigste Aufgabe der deutschen und europäischen Politik.

***Das Gespräch führte Silke Hellwig. Wir bedanken uns für die Erlaubnis zum Nachdruck.***

*Mit den Ursachen und Folgen des Kriegs in der Ukraine befasst sich auch der Band „Ukrainekrieg: Warum Europa eine neue Entspannungspolitik braucht", den der Bremer Politikwissenschaftler Stefan Luft mit herausgegeben hat. Zu den Autoren zählen unter anderem der ehemalige Hamburger Bürgermeister Klaus von Dohnanyi und der Soziologe Wolfgang Streeck sowie der französische Osteuropa-Experte David Teurtrie. https://www.westendverlag.de/autoren/stefan_luft/*

## Zum andauernden Krieg in der Ukraine *Württembergischer Friedensaufruf zum Reformationstag an Kirche und Politik (31. Oktober 2023)*

*Bereits im letzten Herbst trat eine Gruppe von Pfarrerinnen und Pfarrern der württembergischen Landeskirche mit einer Stellungnahme an die Öffentlichkeit: „Christ*innen sagen Nein zu Waffenlieferungen und Aufrüstung".[1] Sie schlossen sich darin der Position des EKD-Friedensbeauftragten Bischof Friedrich Kramer zum Ukrainekrieg an und sahen keine dauerhafte Friedensperspektive in einer militärischen Unterstützung der Ukraine.*

*Ein Jahr später hat dieser Krieg bereits mehrere hunderttausend Tote und Verletzte gekostet – Soldaten und Zivilisten. In einem Friedensaufruf begründen erneut 57 Pfarrerinnen und Pfarrer aus Württemberg mit weiteren 140 Erstunterzeichnenden aus Kirche und Gesellschaft theologisch ihre Position. Sie sehen in der Mehrzahl kirchlicher Stellungnahmen zu Waffenlieferungen im Ukrainekrieg eine theologisch nicht zu rechtfertigende Einseitigkeit. Die Friedensbotschaft Jesu gelte nicht nur in Friedens-, sondern gerade auch für Kriegszeiten. Die Kirche mahnen sie daher, sich nicht dem politischen Mainstream gleichzumachen. Waffen könnten nicht Grundlage echten Friedens sein. Der Friedensaufruf fordert von der Politik, die militärische Unterstützung der Ukraine zu beenden, und von Kirche und Politik, sich für Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen einzusetzen. Der Aufruf sowie die Liste der Unterzeichnenden sind nachzulesen auf der Seite des württembergischen Friedenspfarramtes: www.friedenspfarramt.elk-wue.de*

*Susanne Büttner, Dekanin für den Justizvollzug in Baden-Württemberg*

**1. „Liebt eure Feinde und bittet für die, die euch verfolgen." (Matthäus 5,44)**

Es wird gesagt, man müsse die Feinde auf dem Schlachtfeld besiegen.

Wir hören, dass Jesus Christus uns zumutet, unsere Feinde zu lieben. Der erste Schritt dazu ist, probeweise die Perspektive zu wechseln, das gegnerische Gegenüber zu achten, ihm zuzuhören und seine Interessen ernst zu nehmen.

**2. „Ihr wisst, dass die Herrscher ihre Völker niederhalten, und die Mächtigen ihnen Gewalt antun. So soll es nicht sein unter euch." (Matthäus 20,25f)**

Es wird gesagt, die Nächstenliebe gebiete es, die Ukraine mit Waffen zu unterstützen, damit sie sich gegen die Aggression verteidigen kann.

Wir fragen uns, ob wirklich alle Menschen in der Ukraine mit militärischen Mitteln verteidigt werden wollen, durch die so viele Menschen getötet, unzählige Verstümmelte und Traumatisierte zurückgelassen werden. In allen Ländern gibt es Menschen, die militärische Mittel ablehnen und auf Verhandlungen und gewaltfreie Mittel setzen. Auch Ukrainer sind vor dem Kriegsdienst geflohen, andere werden gegen ihren Willen zum Kriegsdienst gepresst. Werden die Menschen, die in der Ukraine leben, wie viele andere Völker, nicht durch die Herrschenden ihrer Länder manipuliert, um damit die Ziele der Herrschenden zu erreichen? Als Menschen müssen wir uns immer fragen, ob das, was allgemein für hilfreich gehalten wird, wirklich gut ist.

**3. „Was siehst du aber den Splitter in deines Bruders Auge und nimmst nicht wahr den Balken in deinem Auge?" (Matthäus 7,3)**

Es wird gesagt, der russische Präsident sei ein imperialistischer Herrscher, ein unberechenbarer Tyrann. Die westlichen Länder dagegen werden als Hüter des Friedens und der Menschenrechte gezeichnet.

Wir hören, dass Jesus uns im Vaterunser auffordert, um Vergebung unserer eigenen Schuld zu bitten. Deshalb widersprechen wir der undifferenzierten Einteilung in Gute und Böse. Wir sehen

uns aufgefordert, auch zu fragen: Welche Fehler haben wir, die westliche Welt, im Umgang mit Russland gemacht?

Sklaverei, Kolonialismus und zwei Weltkriege sollten Grund genug sein, das Selbstbild vom moralisch hochstehenden Westen infrage zu stellen.

**4. „Stecke dein Schwert wieder an seinen Ort. Denn wer das Schwert nimmt, der wird durch das Schwert umkommen.“ (Matthäus 26,52)**

Es wird gesagt, angesichts der aktuellen Situation sei die Forderung nach Gewaltverzicht naiv, unrealistisch und unvernünftig.

Wir meinen, dass die Überzeugung naiv und unvernünftig ist, bis zum endgültigen Sieg über das Böse sei militärische Gewalt gerechtfertigt. Diese Überzeugung kann zur Eskalation bis hin zu einem atomaren Weltkrieg führen. Deshalb treten wir ein für eine Vernunft des Gewaltverzichts.

**5. „Denn uns ist ein Kind geboren, ein Sohn ist uns gegeben, und die Herrschaft ist auf seiner Schulter; und er heißt … Friede-Fürst.“ (Jesaja 9,5)**

Es wird gesagt, wir befänden uns in einer Situation, die eine militärische „Zeitenwende“ notwendig mache.

Wir glauben, die wahre Zeitenwende ist in Jesus Christus Wirklichkeit geworden. Wo wir ihm nachfolgen und in seinem Sinne handeln, indem wir z.B. auf Verhandlungen und gewaltfreie Formen aktiven Widerstands setzen, da wird diese Zeitenwende heute erlebbar. So sind wir berufen, Salz der Erde und Licht in unserer unvollkommenen Welt zu sein.

**6. „Stellt euch nicht dieser Welt gleich, sondern ändert euch durch Erneuerung eures Sinnes.“ (Römer 12, 2) „Lass dich nicht vom Bösen überwinden, sondern überwinde das Böse mit Gutem.“ (Römer 12, 21)**

Von Personen der Kirchenleitung sind Stellungnahmen zu hören, die Waffenlieferungen in die Ukraine und militärische Gewaltanwendung rechtfertigen. Mit solchen Äußerungen schwimmen die Kirchen im großen Strom von Medien und Politik.

Wir hören, dass Jesus uns zumutet, etwas zu sagen, was die „Welt“ sich nicht selbst sagen kann. Wenn die Kirche den Auftrag Jesu nicht erfüllt, verrät sie ihr Wesen und verliert ihren Wert. Jesus Christus hat uns seine Friedensbotschaft nicht nur für friedliche Zeiten gegeben, sondern gerade für Zeiten der Gewalt. Eine Kirche, die auch auf Waffengewalt setzt, kann sich nicht auf Jesus Christus berufen.

**7. „Ihr seid das Salz der Erde!“ Hoffnung auf eine wahrnehmbar christliche Kirche**

In diesem Sinne rufen wir unsere Kirche und alle Menschen im Land auf, für Friedensverhandlungen ohne Vorbedingungen einzutreten, in denen das Wohlergehen der Menschen – nicht die Interessen von Staaten und Konzernen – Priorität hat.

## Der baden-württembergische Antisemitismusbeauftragte Blume ist nicht bereit, sich Bürgerkritik zu stellen. *Kurzbericht von Manfred Jeub (2. Nov. 2023)*

Bereits im FFE-Rundbrief 1/2023 vom März d. J. wurde im Editorial ein Gespräch des Leitungskreises mit dem Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume angekündigt. Veranlassung dazu gab die Intervention Blumes gegen eine Vortragsveranstaltung in Offenburg, auf der unser Leitungskreismitglied Peter-Michael Kuhn über die Hilferufe der palästinensischen Christen informierte. Durch eine couragierte Volkshochschuldirektorin wurden die Praktiken Blumes öffentlich, unter Berufung auf anonyme Zuträger mit Antisemitismusverdächtigungen an Veranstalter heranzutreten. Unser im Dezember 2022 vorgetragenes Ansinnen, dass der Antisemitismusbeauftragte sich in Offenburg einem öffentlichen Streitgespräch mit dem Journalisten Andreas Zumach über sein Vorgehen und die Unterscheidung von Israelkritik und Antisemitismus stellen solle, wurde zurückgewiesen – mit dem Hinweis auf Sicherheitsbedenken. Wir suchten sie zu zerstreuen. Herr Blume ließ daraufhin ausrichten, dass zuerst ein „internes, klärendes Gespräch“ stattfinden müsse. Wir ließen uns darauf ein, stimmten uns mit der VHS Offenburg ab und machten Ende April vier Terminvorschläge. Es erfolgte keine Reaktion, so dass die vorgeschlagenen Termine platzten. Wir teilten unser Bedauern in einem Brief vom 16. Juni mit, der mit den

Sätzen schloss: *„So lautet das Fazit unserer Erfahrungen mit dem Antisemitismus-Beauftragten des Landes Baden-Württemberg leider: keine Gesprächsbereitschaft. Wir halten fest: Herr Dr. Blume sieht bei seinem Agieren keine Erklärungs- und Rechenschaftspflicht gegenüber betroffenen Bürgern.*“ Das wollte Blume offenbar doch nicht auf sich sitzen lassen. Ohne auch nur mit einem Wort auf unser letztes Schreiben einzugehen, schrieb uns das Büro Blume Ende Juni, es hätte leider etwas länger gedauert und man schlage nun Termine für den Spätherbst vor. Doch auch dies nicht ohne eine neuerliche Volte: Herr Blume habe den württembergischen und inzwischen auch für Baden zuständigen Beauftragten für den christlich-jüdischen Dialog, Herrn Pfr. Maurer, als Moderator für das Gespräch gewonnen, den er *„als besonders engagierten Experten im interreligiösen Dialog und in der Arbeit gegen Antisemitismus“* schätze. Wir schrieben zurück, dass wir die Termine prüfen wollten, für eine externe Moderation allerdings keine Notwendigkeit sähen, vor allem aber: „*Unser Thema ist nicht das christlich-jüdische Gespräch, wofür Herr Pfr. Maurer landeskirchlich beauftragt und sicherlich kompetent ist. Die von Ihnen seinerzeit inkriminierte Veranstaltung in Offenburg beschäftigte sich mit der Lage der Christen im Heiligen Land und deren Hilferuf an die Kirchen der Welt, also mit einem ökumenischen und menschenrechtlichen Thema.“* Als Termin für das Gespräch wurde dann der 7. November festgelegt, die Moderationsrolle von Pfr. Maurer in eine Teilnahme verwandelt, der wir zustimmen konnten – so sah alles danach aus, dass die Spätgeburt (11 Monate!) zur Welt kommen würde. Doch am 7.11. erreichte uns aus dem Büro Blume der Zweizeiler: „*Angesichts des aktuellen Terrorangriffs der Hamas gegen den Staat Israel sieht der Beauftragte von einem Gespräch ab. Herr Dr. Blume wird den guten Dialog mit Herrn Maurer weiterhin gerne fortsetzen.“* Wir antworteten mit einem Resümee, das mit der Feststellung begann. „*Sehr geehrter Herr Dr. Blume, wir haben fast ein Jahr darum verhandelt, dass Sie etwas eigentlich Selbstverständliches tun: sich dem Gespräch mit den Betroffenen Ihrer problematischen, weil mit Denunziation arbeitenden Intervention als Antisemitismusbeauftragter zu stellen. Denn Sie bekleiden ein öffentliches Amt und stehen gegenüber der Bürgerschaft in Verantwortung. Verantwortung heißt, dass ich Antwort geben muss, wenn ich gefragt werde.* Die Schlussätze lauten „*Wenn das, sehr geehrter Herr Dr. Blume, durchgängig Ihre Umgangsform ist, dann fragen wir uns, wie Sie Ihrer Verantwortung für die Demokratie in unserem Land gerecht werden können. Die gesamte Korrespondenz mit Ihnen haben wir dokumentiert, um die fehlende Bereitschaft des Antisemitismusbeauftragten des Landes Baden-Württemberg, seine Aktionen den Bürgern gegenüber zu verantworten, ggf. öffentlich belegen zu können.“*

Die Dokumentation des kompletten Schriftwechsels ist zum Einstellen auf unserer Website vorgesehen.

## Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“. Vortrag zur Eröffnung in der Ev. Stadtkirche Waldkirch *von OKR Wolfgang Schmidt (24. Sept. 2023)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Ausstellungsbesucher und Interessierte!

In diesen Tagen habe ich eine interessante Geschichte gelesen. Archäologen der Universitäten Tel Aviv und Jerusalem graben eine Stadt im Norden Israels aus, unmittelbar an der libanesischen Grenze gelegen. Das ist an sich nichts Ungewöhnliches. Auf Schritt und Tritt findet man in Israel antike Stätten und überall im Land gibt es Ausgrabungen. Aber diese Ausgrabung ist anders. Es geht nicht um antike Stätten. Es geht um ein arabisches Dorf, Qadas, das bis 1948 bewohnt war, dessen Bewohner flohen und niemals mehr zurückkehren durften und das schließlich 1966 im Vorfeld der Aufhebung des Militärrechts über die arabische Bevölkerung Israels mit Bulldozern radikal dem Erdboden gleichgemacht wurde. Wie so oft wurde auf den Überresten des Dorfes später ein Nationalpark errichtet. Die Hinweistafeln erläutern die Geschichte des Ortes von der frühen Bronzezeit über die biblischen Zeiten bis hin zur hellenistischen und römischen Besiedlung. Über die jüngste Geschichte, in der an dieser Stelle ein palästinensisches Dorf existierte, verlieren die Tafeln kein Wort. Es ist physisch ausradiert, und damit ist sein Gedächtnis ausgelöscht, so wie es 530 weiteren palästinensischen Dörfern widerfuhr.

Seit drei Jahren nun haben sich die Archäologen ans Werk gemacht, Israelis, die die Vergangenheit einer jahrzehntelang verschwiegenen Geschichte Stück für Stück, Schaufel für Schaufel ans Licht bringen. „Hier ist etwas, das verborgen war und aus der Geschichte gelöscht wurde," sagt Prof. Raphael Greenberg, der das Projekt leitet. Ihm und seinem Team geht es darum, die jüngste Geschichte seines Landes und insbesondere, die lange und bis heute verdrängte Nakba, Vertreibung und Flucht von etwa 700.000 Palästinensern im Jahr 1948 ins Bewusstsein zu heben. Der arabische Anthropologe Dr. Ramez Eid nennt das „eine Gelegenheit, unsere Vergangenheit und unser Erbe zu verstehen." Und er fährt fort: „Für manche Menschen kann dies ein Heilungsprozess sein."

Diese Geschichte, liebe Anwesende, führt uns mitten hinein in das Thema des heutigen Vormittags und in die Ausstellung, die wir heute eröffnen. Denn genau darum geht es: Was verschwiegen, verleugnet und verdrängt wird, kann nie heilen. Das wissen wir aus unserer eigenen Geschichte. Und wenn wir uns in dieser Veranstaltungsreihe dem Thema der Nakba zuwenden, dann verbinden wir uns damit zugleich mit Menschen wie Prof. Greenberg und anderen, die in Israel diese unbewältigte Geschichte mit beharrlicher Arbeit ins Bewusstsein heben.

**Warum wir uns mit Israel-Palästina beschäftigen**

Aber warum interessiert uns das eigentlich hier in Waldkirch? Warum beschäftigen wir uns weit weg von diesen Ereignissen mit solchen Themen? Warum reisen jedes Jahr mehr als 200.000 Deutsche ins Heilige Land? Was interessiert uns so an dieser Region? Unter den zahlreichen Gründen, die man nennen könnte, möchte ich vier Gründe ein wenig beleuchten.

1. Die südliche Levante, das Gebiet, in dem heute Israel und Palästina liegen, ist uns seit Kindergartentagen bekannt: Jesus, der die Fischer sammelt am See Genezareth; der Garten Getsemane, in dem er seine letzten Stunden verbringt; Jericho, dessen Mauern unter den Posaunen der Israeliten einbrechen, oder Bethlehem, wo die Krippe stand. Diese Namen kennt man seit den ersten Religionsstunden. Das Heilige Land kennen wir aus der Bibel, anders als China, Guatemala oder Burundi. Das Heilige Land hat irgendetwas mit unserem Glauben und mit unserer Religion zu tun. Es ist uns nicht egal, was dort geschieht.

2. Es ist uns auch darum nicht egal, weil die Wiege des Christentums im Heiligen Land steht. Bevor es irgendwo auf der Welt Christen gab, gab es sie in dieser Region. Und es gibt sie noch heute dort. Die schwierige Lage, der Christen dort heute ausgesetzt sind, kann uns nicht kalt lassen. Das Christentum ist in dieser Region eine lebendige Religion und mit den Kirchen dort sind wir verbunden wie Glieder an einem Leib – mit ihren Freuden und ihren Schmerzen.

3. Schließlich ist es uns auch nicht egal, was dort geschieht, weil uns das Judentum nicht egal ist. Juden und Christen glauben an denselben Gott. Jesus hat ihn seinen Vater genannt. Wer Christus folgt, glaubt an den Gott Israels. Mit „Israel" ist nicht der heutige Staat gemeint. Aber völlig ohne Zusammenhang mit diesem ist der Name auch nicht, obwohl dies sicher eines der schwierigsten Kapitel der Theologie ist.

4. Und dann zu guter Letzt vielleicht das Wichtigste: Dass Juden zu Hunderttausenden in Palästina Schutz und Rettung suchten, dass sie dort einen Staat gründeten, dass etwa 700.000 Palästinenser infolgedessen flohen und vertrieben wurden und bis heute Unterdrückung, Gewalt und Gegengewalt das Leben dominieren – das hat unmittelbar mit dem verbrecherischen Wahnsinn des Nationalsozialismus in Deutschland zu tun. Wie könnten uns die Langzeitfolgen dieser Geschichte egal sein?

**Was wir wollen mit dieser Beschäftigung**

Es ist uns nicht egal, was zwischen Mittelmeer und Jordan passiert. Doch der Konflikt ist kompliziert. Schnelle und einfache Erklärungen sind zu simpel. Wer also wirklich etwas davon begreifen will, muss informiert sein. Das ist das Erste. Während meiner sieben Jahre als Propst an der Erlöserkirche in Jerusalem hatte ich immer wieder Gespräche mit Reisegruppen, bei denen Teilnehmer mir sagten: „Ich gehe verwirrter davon, als ich gekommen bin." Das muss uns nicht wundern. Aus der Ferne hat man immer ein klares Bild von den Dingen. Setzt man sich näher damit auseinander, wird das Bild differenzierter.

Und dazu brauchen wir solche Ausstellungen, wie sie nun heute eine eröffnet wird. Wir müssen uns informieren. Dabei sollten wir dann allerdings

auch nicht vergessen, dass jede Information ihren Hintergrund und Zusammenhang hat. Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Es geht um die Bezeichnung des Landes westlich des Jordans, also zwischen Israel in den Grenzen bis 1967 und dem Jordan. Je nachdem, wie ich diesen Landstrich nenne, habe ich ein unterschiedliches Konzept im Hintergrund, ein unterschiedliches Narrativ, wie man auch sagt, eine Erzählung, die mich leitet. In Israel sagt man zum Beispiel häufig Judäa und Samaria dazu. Das sind biblische Begriffe. Und wer diese benutzt, will sagen: „Das war doch schon das Land des Volkes Israel in biblischer Zeit. Daran knüpfen wir heute an. Darauf haben wir einen ewigen Anspruch."

Andere sprechen von den „palästinensischen Gebieten". Diese Formulierung bezieht sich auf die Verträge von Oslo und deren Aufteilung des Landstrichs in A-, B- und C-Gebiete. In Israel lässt man schon manchmal den Zusatz „palästinensische" einfach weg und spricht einfach von „Gebieten" oder man sagt „umstrittene Gebiete" um zu betonen, dass es von palästinensischer Seite keine berechtigten Ansprüche auf das Gebiet gibt.

Der Gegenbegriff ist „besetzte" Gebiete. Diese Bezeichnung nimmt Bezug auf die israelische Militärverwaltung und -gesetzgebung, wie sie den Status dieser Gebiete und den Alltag der Palästinenser charakterisiert.

Andere sagen einfach „Palästina" und beziehen sich auf einen Staat, den es so noch nicht gibt, der aber bei der UN einen Beobachterstatus hat und inzwischen immerhin von über zwei Dritteln der UN-Mitgliedsstaaten anerkannt wurde.

Es gibt aber auch Palästinenser, die haben beim Gebrauch des Begriffs „Palästina" das gesamte Gebiet zwischen Mittelmeer und Jordan vor Augen, so wie es vor der Staatsgründung Israels im Osmanischen Reich und unter britischem Mandat bestand. Wenn diese von „Palästina" sprechen, dann bestreiten sie wiederum Israel das Recht auf ein Staatsgebiet in den Grenzen von 1967.

Und so gibt es auch die verschiedensten Landkarten, manche akkurat mit Grenzziehungen, andere, die diese weglassen und das Ganze einfach Israel oder eben das Ganze Palästina nennen. Hinter jeder Landkarte steht ein entsprechendes Narrativ, eine Sicht der Dinge, die sich von einer anderen abgrenzt.

Ich könnte das noch weiter fortsetzen, liebe Zuhörer*innen, und Sie damit noch weiter verwirren. Aber die Beispiele reichen aus, um zu illustrieren, was ich meine: Die einzelnen Narrative, die Erzählungen, wie Menschen den Konlikt sehen und verstehen wollen, sind jeweils unterschiedlich und stehen im Hintergrund bei jeder Betrachtung. Und so nimmt auch diese Ausstellung, die wir heute eröffnen, einen bestimmten Blickwinkel ein. Dieser ist geprägt von der Vision eines gerechten Friedens, der für beide Völker in diesem Landstrich ein Recht auf eine eigenständige Existenz sieht und internationales Völkerrecht und Menschenrechte stark macht. Wie umstritten diese Sicht auf israelischer Seite ist, erleben wir dort zurzeit in den innenpolitischen Auseinandersetzungen. Seit 38 Wochen gehen jedes Wochenende Hunderttausende von Israelis auf die Straße, um die Demokratie, wie sie sie verstehen, zu verteidigen. Es geht um die Rolle des Obersten Gerichtshofs. Kann er im Sinne bestimmter Grundsätze und Prinzipien Gesetze der Regierung für unangemessen bzw. ungültig erklären oder nicht? Solche Grundsätze und Prinzipien sind zum Beispiel die Menschenrechte. Bei uns sind sie in der Verfassung grundgelegt. Die Verfassung steht über allem, selbst über jeglicher Parlamentsmehrheit, die durch Wahlen zustande kommt. Israel hat keine Verfassung. Dort verteidigt das Oberste Gericht solche Grundprinzipien. Das ist Demokratie, wie die Protestbewegung in Israel sie will. Die rechtsgerichtete Regierung von Benjamin Netanjahu hat ein anderes Verständnis von Demokratie. Seine Regierung sagt: Die Mehrheit entscheidet, die Mehrheit allein, so wie sie aus den Wahlen hervorgegangen ist. Das ist Demokratie. Es gibt keine Prinzipien, die über dieser Mehrheit stehen. Es gibt keinen Schutz für Minderheiten, der der Parlamentsmehrheit entzogen wäre. Wen wundert es da, dass bei einem solchen Demokratieverständnis die Einhaltung der Menschenrechte im Blick auf die Palästinenser kein Thema ist.

Ich komme zurück zur Ausgangsfrage, was wir eigentlich wollen, wenn wir uns mit dem Konflikt um Palästina beschäftigen. Ja, wir wollen informiert sein. Aber nicht nur das. Das Leid berührt uns. Es sind die Menschen, die uns rühren mit ihrem Leben, das vom Konflikt belastet ist. Sie liegen uns am Herzen. Es geht darum, Solidarität zu zeigen mit den Opfern des Konflikts. In einem vielbeachteten Buch widmet sich die Journalistin Charlotte Wiedemann diesem Thema der Anteilnahme am Leiden der Anderen. „Den Schmerz der Anderen begreifen" ist der Titel. Das ist Programm für Wiedemann. Sie schaut dazu auf die Kolonialgeschichte, nicht nur auf die deutsche. Sie schaut auf den Holocaust und auf die Nakba.

Und sie macht deutlich, wie unangemessen es ist, den einen oder den anderen Schmerz gegeneinander zu setzen, zu vergleichen oder gar gegeneinander auszuspielen. Der Weg zu Wandlung und Veränderung geht über das Begreifen des Schmerzes, der den Anderen zugefügt wurde und wird. Diesen Schmerz sehen, diesen Schmerz anerkennen öffnet den Weg der Heilung. Das haben wir beim Holocaust gesehen. Für die Nakba steht dies noch weithin aus.

Warum also beschäftigen wir uns mit dem israelisch-palästinensischen Konflikt? Wir wollen informiert sein. Wir wollen Anteil nehmen. Und schließlich drittens: Wir wollen zum Frieden beitragen. Unter den sechzig Reisegruppen, die ich durch das Jahr hindurch an der Erlöserkirche in Jerusalem zum Gespräch empfing, war kaum eine, in der es nicht Fragen zu den Friedenschancen gab. Wir wollen nicht aufgeben, zu hoffen. Auch wenn es noch so bedrückend ist, was wir aus dem Westjordanland und aus Israel hören. Wir wollen nicht aufhören zu hoffen, dass sich etwas bessert, dass sich etwas zum Guten wendet.

Und tatsächlich gibt es ja eine ganze Anzahl von Initiativen, die sich für Aussöhnung, Frieden und für die Einhaltung der Menschenrechte engagieren. Doch dieses Engagement wird vom Ausland aus oft überbewertet. Gesamtgesellschaftlich handelt es sich um kleine Gruppen, die oft unter Druck der Regierung stehen. Das gilt übrigens nicht nur in Israel, sondern auch in Palästina. Ich erinnere mich an einen gemeinsamen Studientag von Palästinensern, Deutschen und Juden aus Israel und Deutschland. In der Eingangsrunde sollten wir die Frage nach unseren Erwartungen beantworten, die wir für das Seminar hatten. Rabbi Moshe Silver aus Jerusalem sagte einen Satz, den ich mir gemerkt habe: „How can I be fruitful in a situation that never changes? Was kann ich beitragen, wie kann ich fruchtbar wirken, in einer Situation, die sich niemals ändern wird?“ Das war seine Leitfrage. Rabbi Silver schaut realistisch auf die Lage. Er macht sich keine Illusionen. Er weiß, dass sich der Konflikt, der seit über acht Jahrzehnten andauert, nicht schlagartig ändern wird. Aber er schaut, er sucht danach, wo und wie er selbst einen – und wenn auch noch so kleinen – Beitrag leisten kann, um etwas Konstruktives beitragen zu können. Wo kann ich einen Unterschied machen? … und sei er noch so klein! Dieses Element der Hoffnung findet sich auch im Titel der heutigen Veranstaltung und dieser Ausstellung im Ganzen: „Frieden ist möglich – auch in Palästina“. Der Titel atmet eine Hoffnung in aussichtsloser Lage. „Ich bin kein Optimist“, sagt der langjährige evangelische Pfarrer von Bethlehem und heutige Präsident der Dar-el-Kalima Universität, Pfr. Dr. Mitri Raheb. „Ich bin kein Optimist, aber ich habe Hoffnung.“ Wer hofft, gibt die Welt nicht auf. Wer hofft, gibt die Menschen nicht auf. Wer hofft, hält ein Fenster offen, wo die Zukunft verbaut ist. Die Ausstellung von Elisabeth Gollwitzer hält diese Hoffnung wach.

**Wie die Ausstellung aufgebaut ist**

In 16 Tafeln führt sie die Besucher in die Situation Palästinas ein. Nach einer kurzen Einführung beschreibt sie zunächst in fünf Tafeln sehr holzschnittartig, wie sich der Palästinakonflikt entwickelt hat. Sie zeigt wichtige Eckpunkte der Besiedelung des Landes durch die zionistische Bewegung und wie das zur Auseinandersetzung mit der einheimischen arabischen Bevölkerung führte. Die nächsten Tafeln widmen sich der darauffolgenden Flucht und Vertreibung von Hunderttausenden Palästinensern und der Gründung des Staates Israel 1948. In einem jähen Sprung geht es dann zur israelischen Besatzung der Westbank nach dem 6-Tage-Krieg im Sommer 1967. Eine eigene Tafel beschäftigt sich mit der Situation von Gaza. Die Tafeln 6-9 lenken dann den Blick auf die Gewaltthematik, stellen einer sog. „Kolonialen Gewalt“ eine „Widerstandsgewalt“ gegenüber und beleuchten schlaglichtartig militärische und nicht-militärische Gewalt im Alltag der Palästinenser. Unter der Überschrift „Wie sich der Konflikt weiter zuspitzt“, richtet sich dann der Blick auf den Oslo-Prozess und die 2-Staaten-Lösung und auf die Folgen, die die über 50 Jahre andauernde Besatzungspolitik für Israel und die Israelis selbst hat. Die abschließenden vier Tafeln stellen dann die Begriffe „Hoffnung“ und „Zukunft“ in den Mittelpunkt: Was sind die Grundprinzipien, an den man sich für eine friedliche Lösung orientieren sollte? Wie sieht gewaltfreier Widerstand auf palästinensischer Seite aus? Und was tut die Zivilgesellschaft? Unter dem Motto „Eine gemeinsame Zukunft gestalten“ wird dann ganz am Ende die Beendigung der israelischen Besatzung gefordert und „Ein gemeinsamer Staat für Palästinenser und Juden“ als Zielbild beschrieben.

Mit diesem Zielbild favorisiert die Ausstellung eine bestimmte Lösung des Konflikts, während sie die 2-Staaten-Lösung als Irrtum westlicher Politik abtut. Diese und andere Stellen der Ausstellung rufen nach einer weiteren Differenzierung und lassen wünschen, dass sich eine kritische Diskussion anschließt. Denn allzu viele Aspekte fallen der sehr elementarisierten

Darstellung des Konflikts zum Opfer. So erfahren wir nichts über die palästinensische Bevölkerung in Israel selbst. Die internationale Advocacy-Arbeit findet keinen Niederschlag und dementsprechend auch das Engagement des Ökumenischen Rats der Kirchen nicht. Die KAIROS-Bewegung bleibt ebenso unerwähnt wie das Verhältnis zu den anderen arabischen Staaten. Und auch die inneren Kontroversen unter den Palästinensern und den Israelis selbst wären es wert, beschrieben zu werden, und könnten damit zu einem besseren Verständnis der Situation beitragen.

Doch ist dies nicht der Anspruch der Ausstellung. Auswahl und Darstellung der Informationen haben einen Zweck: Sie wollen aufrütteln. Die Ausstellung ergreift Partei für Gerechtigkeit, für die Einhaltung der Menschenrechte und für ein Ende der Besatzung. Und sie möchte Menschen dazu mobilisieren, ebenfalls in diesem Sinne Partei zu ergreifen. Insofern ist es sinnvoll, dass diese Ausstellung durch ein Begleitprogramm ergänzt wird. Dieses gibt die Möglichkeit zu einer nötigen Differenzierung und damit können neben Schwarz und Weiß auch Konturen sichtbar werden und Grautöne.

Was ich in den Jahren in Jerusalem gelernt habe, ist der Verzicht auf pauschale Urteile. DIE Palästinenser gibt es nicht, genauso wenig wie DIE Israelis. DIE Juden gibt es so wenig wie DIE Muslime. Wen meinen wir konkret, wenn wir über die Beteiligten sprechen? Meinen wir die Regierungen, die Armee, die Religiösen oder die Säkularen oder die religiösen Zionisten, meinen wir Judentum als Religion oder als Ethnie?

Und noch etwas habe ich in den sieben Jahren gelernt: Bescheidenheit und die Bereitschaft, Ambivalenz und Hilflosigkeit zuzulassen. Ich bin skeptisch geworden gegenüber jenen, die die Lösung zu wissen meinen. Jeden Tag habe ich Neues, Unerwartetes erlebt, was meine Selbstgewissheit in Frage gestellt hat. In diesem Konflikt sind so viele Interessen im Spiel – auf allen Seiten!

Doch eines soll das nicht hindern: Gerechtigkeit stark zu machen und sich zu verbinden mit denen, die ihrerseits die Gerechtigkeit stark machen, seien sie Juden oder Christen oder Muslime, seien sie Juden oder Araber oder Europäer. Denn als Christen glauben wir, dass der Mensch zum Bilde Gottes geschaffen wurde. Das ist die Quelle der Gerechtigkeit.

## Ausstellung „Frieden ist möglich – auch in Palästina“. Vortrag „Das Gespenst der Nakba“ *von Shir Hever (3. Okt. 2023)*

Ich werde heute nicht über die Nakba sprechen, über das palästinensische Leid, die Zerstörung von Hunderten von Dörfern und ganzen Städten, das Leben der Flüchtlinge und das Recht auf Rückkehr. Ich werde Ihnen nicht davon erzählen, weil es nicht meine Geschichte ist, ich bin kein Palästinenser, ich habe diese Schrecken nicht erlebt. Ich bin in Israel, in Jerusalem aufgewachsen und habe die Nakba in einem langsamen Prozess kennengelernt, der mich viel mehr über die israelische Gesellschaft und ihre Fähigkeit, Geschichte zu verdrängen, gelehrt hat, als über die palästinensische Geschichte. Darüber möchte ich heute sprechen – nicht über die Nakba selbst, sondern über das Gespenst der Palästinenser:innen, das zu einem wichtigen Merkmal der israelischen Kultur und Politik wurde.

Mein Vortrag besteht aus fünf Teilen. Der erste ist eine persönliche Perspektive, der zweite eine Analyse der israelischen Gesellschaft und der dritte eine Diskussion über den Vergleich von Nakba und Holocaust. Im vierten Teil werde ich kurz auf den Diskurs hier in Deutschland eingehen und schließlich werde ich ein Fazit ziehen, damit wir eine Diskussion führen können.

Lassen Sie mich also mit dem ersten Teil beginnen, mit der persönlichen Erfahrung. Als ich in Jerusalem aufwuchs, habe ich das Wort Nakba, bevor ich zur Universität ging, nicht ein einziges Mal gehört. Ich bin in einer linken, kritischen Familie aufgewachsen, und meine Eltern haben die Frage diskutiert, ob die palästinensischen Flüchtlinge 1948 aus eigenem Antrieb geflohen sind oder ob sie gewaltsam deportiert wurden. Ich kann sagen, dass es in meiner Familie niemanden gab, der sagte, dass das keine Rolle spielt. Aus völkerrechtlicher Sicht dürfen Kriegsflüchtlinge nach dem Krieg zurückkehren.

Meine Großmutter väterlicherseits erzählte mir einmal, dass sie und ihre Familie zu Beginn des Zweiten Weltkriegs aus Polen fliehen mussten, aber nach dem Krieg konnten sie nach Polen zurückkehren und ihre Pässe und ihren Besitz zurückerhalten. Sie sagte: „Ich verstehe nicht, warum wir zurückkehren durften, aber die palästinensischen Flüchtlinge nicht.“ Für die Israelis

meiner Generation ist die Behauptung, dass die Palästinenser:innen geflohen sind und nicht vertrieben wurden, irgendwie eine Rechtfertigung dafür, ihnen die Rückkehr zu verweigern, obwohl Jüd:innen eine solche Rechtfertigung für die Verweigerung des Rechts auf Rückkehr in die Länder, aus denen sie selbst während des Zweiten Weltkriegs geflohen sind, nie akzeptiert haben.

Die Situation von Jüd:innen aus arabischen Ländern ist anders, und sie spiegelt nicht die Geschichte meiner eigenen Familie wider, wohl aber die der Familie meiner Partnerin. Wenn Sie wollen, kann ich später auf die Art und Weise eingehen, wie Mizrachi-Jüd:innen, also Jüd:innen, die aus arabischen oder muslimischen Ländern stammen, die Nakba wahrnehmen.

In den 1990er Jahren gab es den Osloer Friedensprozess, und viele Israelis dachten, dass der Frieden erreicht wird, wenn nur eine Grenze gezogen wird. Die Palästinenser:innen würden in ihrem eigenen kleinen Staat leben, und es wird keinen Grund für einen Kampf geben. Wenigen Israelis war z. B. bewusst, dass zwei Drittel der Palästinenser:innen im Gazastreifen Flüchtlinge sind, deren Eltern oder Großeltern aus Städten und Dörfern stammen, die im Krieg von 1948 von den israelischen Streitkräften zerstört wurden. Für diese sind eine Grenze und ein Staat natürlich nicht das Ende des Unrechts.

In den 1990er Jahren hörte ich als Teenager Musik, und das Lied, das ständig im Radio lief, war der sehr berühmte Song „Zombie“ von den Cranberries. Ich bin sicher, die meisten von Ihnen kennen den Song. Die Zeile des Liedes „When violence causes silence, we must be mistaking“ [„Wenn Gewalt Schweigen verursacht, müssen wir uns irren”] ließ mich an Palästina denken. Die Cranberries, eine politische irische Band, sangen aus Wut über die britische Besatzung Irlands. In jenen Jahren befand sich der britische Premierminister Tony Blair parallel zu Yitzhak Rabin in einem eigenen Friedensprozess.

Das Lied der Cranberries erschien 1994. Ein Jahr später, 1995, wurde Rabin ermordet und der Osloer Friedensprozess brach zusammen. Drei Jahre später, 1998, wurde das Karfreitagsabkommen zwischen Irland und dem Vereinigten Königreich – als großer Erfolg gewertet – eine Art Ein-Staaten-Lösung für Nordirland.

Und als ich mein Abitur machte, ein Jahr freiwilligen Zivildienst in Sderot in der Nähe von Gaza leistete, der Einberufung zum Militär entging, indem ich vorgab, verrückt zu sein, und mich dann an der Universität Tel Aviv einschrieb, war mir nicht klar, dass die Gewalt tatsächlich viel Schweigen verursacht hatte. So viel Schweigen, dass ich das Wort Nakba nicht hörte und die Geschichten der Palästinenser:innen um mich herum nicht kannte.

Ich besuchte eine sehr angesehene Highschool in Jerusalem, die Leyada. Netanjahu prahlt gerne damit, sie auch besucht zu haben. Sie ist, wie die meisten Schulen in Israel, eine Apartheidschule – mit 1.600 jüdischen Schüler:innen und null palästinensischen Schüler:innen, obwohl 40 % der Kinder in Jerusalem Palästinenser:innen sind.

Samstags ging meine Familie gerne in den Jerusalemer Wald, der rund um das Museum Yad Vashem wächst. Als Kind dachte ich, es sei ein natürliches Phänomen, dass der Wald auf Stufen wächst, denn es gibt keine Schilder, die erklären, dass es sich dabei um Terrassen der palästinensischen Landwirtschaft in dem zerstörten palästinensischen Dorf Dir Jassin handelt. Das Massaker von Dir Yassin, eines der schrecklichsten Ereignisse der Nakba, wird totgeschwiegen, das Massengrab der Opfer ist nicht gekennzeichnet.

Um etwas über die Nakba zu erfahren, musste ich warten, bis ich an der Universität war. Die zweite Intifada begann, und die israelische Polizei tötete 13 palästinensische Bürger Israels mit Scharfschützengewehren. Ich schloss mich den Protesten palästinensischer Studierender an und hatte die Möglichkeit, mit ihnen zu sprechen und ihnen zuzuhören – eine Chance, die ich in der Schule nie hatte. Die zweite Intifada war eine sehr stressige und traumatische Zeit. Mehr als 5.000 Palästinenser:innen und mehr als 1.000 Israelis (meist Jüd:innen, aber auch viele Palästinenser:innen) wurden zwischen September 2000 und Ende 2004 getötet. Das sogenannte israelische Friedenslager ist zusammengebrochen, denn die Idee, einen Frieden auf der Grundlage einer ethnischen Trennung zu fordern, hat sich als unerreichbar erwiesen. Rabins Arbeitspartei und die Organisationen der Friedensbewegung wie Peace Now wollten Frieden und wollten mit den Palästinenser:innenn reden, aber sie weigerten sich, ihnen zuzuhören.

An der Universität habe ich auch etwas über die sogenannten neuen israelischen Historiker gelernt. Das ist ein sehr wichtiger Begriff, deshalb werde ich ihn erklären. Die israelischen Archive waren 30 Jahre lang geschlossen, so dass die Dokumente über den Krieg von 1948 erst im Jahr 1978 für Forscher zugänglich wurden. Ich spreche nur von den israelischen Dokumenten, denn

die Palästinenser:innen haben der Welt von Anfang an von ihren Erfahrungen berichtet, aber man hat ihnen nicht geglaubt. Als israelische Historiker in den 1980er und 1990er Jahren begannen, die Archive zu öffnen und Forschungsergebnisse zu veröffentlichen, kamen die ersten Informationen ans Licht.

Der Wegbereiter ist Prof. Dr. Benny Morris, der von der *„Frage der palästinensischen Flüchtlinge“* spricht, wenn er über die Nakba schreibt. Morris ist Historiker und wenn er Worte wählt, die wie „die Judenfrage" klingen, wie sie von den Nazis gestellt wurde, tut er das im Wissen darum. Morris hat das Ausmaß der von den israelischen Streitkräften im Jahr 1948 begangenen ethnischen Säuberungen aufgezeigt, aber seine politische Meinung zu diesen ethnischen Säuberungen ist positiv. Seiner Meinung nach hätten keine Palästinenser:innen zurückbleiben dürfen, und die Schaffung eines rein jüdischen Staates wäre eine bessere Idee gewesen.

Andere unter den New Historians, Ilan Pappe, Avi Shlaim, Tom Segev und einige andere, stimmten mit Morris zwar in den Fakten überein, nicht aber in der politischen und moralischen Schlussfolgerung. Hier in Deutschland wurden palästinensische Stimmen ignoriert und zum Schweigen gebracht, aber es war schwieriger, die Stimmen prominenter jüdischer Historiker zum Schweigen zu bringen, die Bücher veröffentlichten, die sich auf Dokumente aus den israelischen Archiven stützten. Die Nakba war nicht länger ein Wort, das nur intern von Palästinenser:innen verwendet wurde, sondern eine wissenschaftliche Tatsache. Da dachte ich: Oh, jetzt weiß ich, worum es bei dem Schweigen ging, und jetzt verstehe ich die Nakba.

Einer dieser neuen Historiker heißt Professor Dr. Eyal Naveh. Naveh ist Zionist, sein Spezialgebiet ist die Geschichte der USA, und er schreibt auch hervorragende Schulbücher. Ich habe mich für die Universität Tel-Aviv entschieden (obwohl ich vorher in Jerusalem lebte), weil ich bei ihm studieren wollte. Damals schrieb er ein Schulbuch über die Geschichte Israels und fügte ein sehr kleines Kapitel, eine Seite und ein Bild, über die Nakba und die palästinensischen Flüchtlinge hinzu. Bildungsministerin Limor Livnat vom Likud ordnete nicht nur an, dass sein Buch aus dem Lehrplan gestrichen wird, sondern auch, dass die Bücher physisch zerstört werden. Eyal Naveh erhielt Todesdrohungen, weil er es wagte, das Thema Nakba anzusprechen. Er nahm an einer Fernsehdebatte gegen den Autor Aharon Meged teil, der kein Historiker ist. Natürlich wurde kein Palästinenser eingeladen, zu diesem Thema zu sprechen, sondern nur zwei zionistische Juden. Naveh sagte: „Das sind die historischen Fakten, sollen wir die Kinder anlügen?“ und Meged antwortete: „Ja, wenn die Wahrheit ihren Patriotismus verletzt, müssen wir sie anlügen.“ Ich sah die Fernsehdebatte und erinnerte mich an das Lied der Cranberries: Wenn Gewalt Schweigen verursacht, müssen wir uns irren.

Jetzt möchte ich etwas sehr Persönliches sagen. Nachdem ich die Fernsehdebatte gesehen hatte, sprach ich mit meinem Vater darüber. Mein Vater, der damals selbst Professor an der Universität Tel Aviv war, sagte mir, dass er die Bücher, die Palästinenser:innen über die Nakba geschrieben haben, am Anfang nicht glaubte, weil ihm, wie mir, in der Schule eine Version der Geschichte beigebracht wurde, die diese Geschichte auslöscht. Aber mein Vater war damit nicht zufrieden. Er wollte mit seinem Schwiegervater, meinem Großvater mütterlicherseits, sprechen.

Mein Großvater kämpfte 1948 bei den Palmakh, der paramilitärischen Elitemiliz der Arbeitspartei. Mit meiner Mutter, seiner Tochter, hat er nicht über den Krieg gesprochen. Meine Mutter erzählte mir, dass er manchmal mitten in der Nacht schreiend aufwachte, weil er vom Krieg traumatisiert war, aber in ihren Augen war er ein Held, der in schwierigen Schlachten kämpfte.

Mit meinem Vater, seinem Schwiegersohn, konnte er freier sprechen, denn mein Vater war Soldat gewesen und hatte im Krieg von 1973 gekämpft. Mein Großvater sagte meinem Vater, dass alles, was die Palästinenser:innen über den Krieg von 1948 behaupten, wahr sei. Dass er selbst an dem Massaker in Lyd, dem heutigen Lod, teilgenommen hat. Achttausend Palästinenser:innen wurden mit vorgehaltener Waffe zu Fuß aus Lyd ins Westjordanland getrieben, aber die Kranken, die Alten und die schwangeren Frauen konnten nicht so lange marschieren und flüchteten in die Moschee der Stadt. Die Palmakh-Einheiten brannten die Moschee mit den darin befindlichen Menschen nieder.

Dann fanden sie eine Gruppe von Palästinensern, die sich zu verstecken versuchten, und zwangen sie, Gräber auszuheben. Zweimal. Gräber für die Leichen aus der Moschee, und dann auch Gräber für sich selbst.

Mein Großvater glaubte wie Benny Morris, dass diese Dinge notwendig waren. Mein Vater

wartete, bis mein Großvater starb, bevor er mir diese Geschichte erzählte. Und dann dachte ich: Nein. Jetzt verstehe ich, worum es bei der Nakba ging und was das Schweigen verdeckt. Es geht um die Verbrechen, die 1948 begangen wurden.

Ich engagierte mich in einer israelischen Organisation namens Zochrot für das Gedenken an die Nakba. Zochrot bedeutet auf Hebräisch „Frauen, die sich erinnern“. Ich erfuhr, wie Zochrot versuchte, Schilder aufzustellen, um die Menschen daran zu erinnern, wo sich bis 1948 ein palästinensisches Dorf befand, wie die Straßennamen lauteten, bevor sie in Herzlstraße oder Zionismusstraße umbenannt wurden.

Zochrot hat eine Karte veröffentlicht, auf der die Namen aller palästinensischen Gemeinden verzeichnet sind, die zerstört wurden. Als ich mir die Karte ansah, wurde mir klar, dass ich überhaupt nicht verstanden hatte, worum es bei der Nakba ging. Es ging nicht nur um den Jerusalemer Wald, sondern um jeden Schritt in meinem Leben. Meine Schule, mein Zivildienstjahr in Sderot, das Haus der Familie meiner Partnerin, meine Universität, mein Lieblingsrestaurant, mein Lieblingsstrand – jeder Ort war einmal ein palästinensisches Viertel oder ein Dorf.

Die bröckelnden Mauern der Parkhäuser in Jerusalem waren früher Moscheen. Das Haus des Premierministers gehörte früher einem wohlhabenden palästinensischen Geschäftsmann. Die Nakba ist nicht etwas, das 1948 geschah, sie ist etwas, das jetzt geschieht, jeden Tag. Auch wenn die israelischen Behörden alle Schilder, die Zochrot methodisch aufstellt, entfernen, können sie das Gespenst des geistigen Lebens der Palästinenser:innen, die auf ihre Rückkehr warten, nicht vertreiben, das immer noch überall in Israel präsent ist.

Im **zweiten Teil meines Vortrags** möchte ich allgemeiner über die israelische Gesellschaft und Politik sprechen. Mein Argument ist, dass die Nakba die israelische Gesellschaft ebenso geprägt hat und sie verfolgt, ebenso wie die kolonialen Siedlergesellschaften in Nordamerika und Australien von der Erinnerung an die indigene Bevölkerung verfolgt werden, die durch Völkermord vernichtet wurde. Meiner Meinung nach ist die Nakba kein Fall von Völkermord, denn ich glaube nicht, dass alle Formen der ethnischen Säuberung Völkermord sind, aber ich muss klarstellen, dass dies meine Meinung ist. Nach der UN-Definition von Völkermord gelten ethnische Säuberungen auch dann als Völkermord, wenn sie nicht von Massenmord begleitet werden.

Die Wahrnehmung eines Massenmordes als Möglichkeit durch die zu Vertreibenden ist jedoch unerlässlich, um Hunderttausende von Menschen aus ihren Häusern zu vertreiben. Während des Krieges von 1948 sendeten israelische Radiosender Berichte über Massaker und Massenvergewaltigungen, die von den israelischen Streitkräften an Palästinenser:innen verübt wurden, um die Palästinenser:innen zur Flucht zu bewegen.

Wer hat hier schon einmal die Behauptung gehört, dass die Araber die Juden ins Meer werfen wollen? Wer hat das gesagt?

Nach mehreren historischen Studien gibt es tatsächlich Beweise dafür, dass die Forderung „Werft die Juden ins Meer“ zuerst von Führern der zionistischen Milizen und der israelischen Regierungen geäußert wurde. Es ist fraglich, ob Gamal Abdel Nazer dies auch gesagt hat, aber der früheste nachweisbare Beleg für diese Aussage stammt von Yitzhak Shamir, der ein Attentäter und Terrorist und später Ministerpräsident Israels für die Likud-Partei war.

Ich glaube, dass Shamir wirklich glaubte, dass die Araber die Juden ins Meer werfen wollen. Er hat diese spezielle Bedrohung nicht einfach erfunden. Er hätte auch sagen können: „Die Araber wollen die Juden in Gaskammern töten“, aber das hat er nicht gesagt. Warum also dies „Werfen ins Meer“?

Die Antwort liegt in der Geschichte von Haifa und Jaffa. Aber lassen Sie mich mit Jerusalem beginnen. In der Jaffa-Straße in Jerusalem gibt es einen berühmten Platz, den Davidka-Platz. War jemand dort? Haben Sie die Davidka gesehen? Es ist die Statue eines Mörsers, einer Waffe, die von den zionistischen Milizen entwickelt und im Krieg von 1948 eingesetzt wurde.

Ein Mörser ist eine sehr laute, ungenaue Waffe, die Angst und Panik erzeugt, aber gegen militärische Ziele nicht wirksam ist. 1948 setzten Palmakh-Soldaten in Haifa Davidka-Mörser ein, um die palästinensische Bevölkerung zu veranlassen, ihre Häuser schnell zu verlassen und sie in Richtung Meer zu treiben. Die britische Armee, die sich noch in Haifa befand, organisierte Boote, um die ins Meer getriebenen Palästinenser:innen zu retten.

Eine ähnliche Szene spielte sich in Jaffa ab. Dort setzten die Palmakh schwere Maschinengewehre und keine Mörser ein. Die Menschen flüchteten in die einzige Richtung, die ihnen offenstand – in Richtung Meer, und auch hier

organisierten die Briten Boote. Die Boote brachten die Flüchtlinge nach Gaza, und einige wenige fuhren weiter nach Ägypten.

Einer der Palästinenser, die nach Ägypten getrieben wurden, ist ein Freund von mir. Er ist ein Jude, ein palästinensischer Jude aus Jaffa. Er kam nach Deutschland, um als Arzt zu arbeiten. Es war für mich schwer zu verstehen, dass ein Jude ein Opfer der Nakba sein konnte. Ich fragte ihn: „Warum hast du den Palmakh-Soldaten nicht gesagt, dass du Jude bist, damit sie dich nicht deportieren?“ – Er war damals vier Jahre alt, aber sein Vater hätte mit den Palmakh sprechen können. Mein Freund schaute mich an und sagte: „Kannst du dir diese Situation vorstellen, dass deine Freunde und Nachbarn zusammengetrieben und ins Meer getrieben werden, und dass du vortrittst und sagst: Ich gehöre nicht zu dieser Gruppe, zu den Menschen, mit denen ich aufgewachsen bin, zu meinen Nachbarn, denn ich bin Jude und sie sind es nicht, also könnt ihr sie rausschmeißen, aber ich will bleiben?“ Ich gebe zu, dass ich mich für diese dumme Frage sehr geschämt habe.

Das Viertel an der Küste von Jaffa hieß Manshiya. Nachdem die Menschen vertrieben worden waren, kamen Bulldozer und stießen die Häuser ins Meer – ein weiterer symbolischer Akt, um die Araber ins Meer zu werfen. Man kann heute an die Küste von Jaffa gehen und die Steine im Wasser sehen. Die Einwohner von Jaffa nennen ihn „den Strand der Häuser“. In einigen Fällen übernahmen die israelischen Streitkräfte die Häuser und übergaben sie an jüdische Einwanderer. Manchmal wurden die Häuser aber auch zerstört. Sie fürchteten, dass die Spukhäuser von der Geschichte der Palästinenser heimgesucht würden.

Diese Geschichte ist ein Beispiel dafür, was es bedeutet, von Geistern heimgesucht zu werden. Yitzhak Shamir und viele andere Israelis wussten, was in Haifa und in Jaffa geschehen war. Sie wussten, dass sie sich schuldig gemacht hatten, Palästinenser:innen ins Meer zu werfen, und sie werden von einem Gespenst der Schuld heimgesucht – eines Tages könnten sie selbst auf die gleiche Weise ins Meer geworfen werden, eine angemessene Strafe für diesen Akt der Brutalität.

Nur um das klarzustellen: Ich glaube nicht, dass irgendjemand ins Meer geworfen werden sollte, und ich bin nicht für eine Art von Strafe nach dem Prinzip „Auge um Auge – Rache“. Aber Shamir und alle israelischen Regierungen benutzen Rache (für die Holocaust) als Rechtfertigung für die Ermordung palästinensischer Zivilist:innen, für die Zerstörung von Häusern, selbst wenn die Opfer dieser Racheakte nicht dieselben Personen sind wie die Täter (der Holocaust).

Die Nakba ist ein Verbrechen, das von der israelischen Gesellschaft nicht aufgearbeitet wurde, und deshalb vermischt sich die Schuld mit Angst. Und Angst führt zu mehr Gewalt, und Gewalt führt zu Schweigen.

Israels erster Premierminister David Ben Gurion, der 1948 die israelischen Streitkräfte befehligte und den Befehl zur Zerstörung von Städten und Dörfern und zur Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung gab, sagte, dass „die Alten sterben und die Jungen vergessen werden“. Er glaubte, dass die ethnische Säuberung Fakten schaffen und unumkehrbar sein werde. Die Israelis haben versucht, die Nakba zu vergessen, aber sie können es nicht. Die Palästinenser:innen haben die Nakba natürlich nicht vergessen, und die Familien besitzen immer noch die Schlüssel zu den Häusern, die sie bei der Vertreibung verloren haben.

Die Palästinenser:innen verwenden die Schlüssel als Ausdruck und Mittel ihres Protestes und fordern nicht nur ein Ende der Besatzung, sondern auch ein Recht auf Rückkehr, wie es in der Resolution 194 der UN-Generalversammlung vorgesehen ist. Der israelische Premierminister Netanjahu warnte 2009, dass der Schlüssel, den die Palästinenser:innen im Dorf *Bilin* behalten haben – im besetzten Westjordanland, wo die Trennmauer den größten Teil des Landes des Dorfes einnimmt – nicht der Schlüssel zu einem Haus in *Bilin* sei, sondern zu den Häusern, die sie in Israel verloren haben.

So gab Netanjahu zu, dass er die Nakba verstanden hat und weiß, dass die Palästinenser:innen nicht vergessen haben. Netanjahus Erklärung untergrub die Strategie aller israelischen Regierungen, die Existenz der Nakba zu leugnen, aber als Populist wollte Netanjahu die Angst schüren und nutzen, um Unterstützung in der israelischen Öffentlichkeit zu gewinnen.

Aufgrund des Gefühls des Spuks haben viele Israelis Angst vor einem Klopfen an der Tür – dass plötzlich eine palästinensische Familie vor ihrer Tür steht und ihr Haus zurückfordert. Diese Angst ist nicht nur bei Israelis verbreitet. Polen, das bis 1939 die größte jüdische Gemeinde der Welt beherbergte, fürchtet bis heute eine massenhafte Rückkehr von Jüd:innen, die ihr Eigentum zurückfordern, und hat im vergangenen Jahr ein

Gesetz nach israelischem Vorbild erlassen, mit dem jüdisches Eigentum rückwirkend beschlagnahmt werden kann, so, wie es das israelische Recht mit palästinensischem Eigentum macht.

Im Jahr 2011 unternahm das israelische Parlament, die Knesset, einen weiteren Versuch, die Nakba aus dem Gedächtnis zu streichen. Es erließ das berüchtigte „Nakba-Gesetz“, das es der Regierung erlaubt, Einzelpersonen oder Organisationen, die der Nakba gedenken, öffentliche Mittel zu verweigern. Palästinensische Städte, selbst innerhalb Israels, erhalten keine öffentlichen Mittel für Infrastruktur und Bildung, wenn sie Veranstaltungen zum Gedenken an die Zerstörung von 1948 durchführen. Kinos, die Filme über die Nakba zeigen, können keine staatlichen Mittel erhalten, und an Universitäten darf nicht über die Nakba gelehrt werden.

Das Gesetz hatte natürlich den gegenteiligen Effekt. Jeder Israeli, der bis 2011 nicht wusste, was die Nakba war, wusste es nach 2011 ganz genau. Universitäten, Kinos und palästinensische Gemeinden ignorierten das Gesetz und die Nakba wurde Teil des israelischen Diskurses.

2011 veröffentlichte eine rechtsextreme israelische Organisation namens *Im Tirzu* eine Broschüre, in der die Nakba geleugnet und als „die größte arabische Lüge der Geschichte“ bezeichnet wird. Die Broschüre wurde von der israelischen Öffentlichkeit nicht gut aufgenommen, da die offene Leugnung der Nakba sofort als ein Instrument angesehen wurde, das dieselbe Sprache und dieselben Argumente verwendet, die von rechtsextremen Organisationen zur Leugnung des Holocausts eingesetzt werden. Es wurde aufgedeckt, dass rechtsextreme evangelikale Pastoren die Organisation *Im Tirzu* finanziert haben, darunter *John Hagee*, der US-Pasto,r der sagte, dass Adolf Hitler „Gottes Werk“ vollbracht habe, indem er die Jüd:innen aus Europa in den Nahen Osten vertrieb und damit das Armageddon und das zweite Kommen Christi näher rücke. *Im Tirzu* antwortete darauf: „Wir hätten auch direkt Geld von Hitler genommen, wenn wir gekonnt hätten.“

Der Versuch von *Im Tirzu*, die Nakba zu leugnen, ist gescheitert, und so hören wir in den letzten Jahren, insbesondere im letzten Jahr, immer mehr israelische Politiker, die die Nakba anerkennen und sie benutzen, um den Palästinenser:innen zu drohen. Wenn sie nicht gehorchen, wenn sie es wagen, Widerstand zu leisten, wenn sie die Ungleichheit eines jüdischen Staates, in dem sie nur Bürger zweiter Klasse sind, nicht akzeptieren, wird es eine zweite Nakba geben.

Im Oktober 2021 rief Bezalel Smotrich, der Vorsitzende der Partei des religiösen Zionismus, den wenigen palästinensischen Mitgliedern der Knesset zu: „Ihr seid nur deshalb hier, weil Ben Gurion 1948 die Arbeit nicht beendet hat.“

Das israelische *Magazin 972* bezeichnete die neue Regierung, die derzeit in Israel gebildet wird, als „zweite-Nakba Regierung“, weil rechtsextreme Politiker die Drohung wiederholen, die verbliebenen Palästinenser:innen aus Palästina, aus ganz Palästina, einschließlich des Westjordanlandes und des Gazastreifens, in einer zweiten Nakba zu vertreiben.

Damit komme ich zum **dritten Teil** meines Vortrags – Vergleiche zwischen dem Holocaust und der Nakba. Vergleiche anzustellen ist natürlich nicht dasselbe wie zu sagen, zwei Dinge seien gleich. Ich habe bereits gesagt, dass die Nakba meiner Meinung nach kein Völkermord war. Der Holocaust schon. Aber das Argument, das sowohl in Israel als auch in Deutschland zu hören ist, dass es nämlich verboten sei, Vergleiche anzustellen, ist ein Akt des Verschweigens. Ich denke, es ist bereits klar, dass ich Schweigen angesichts von Ungerechtigkeit nicht als legitime politische Haltung akzeptiere.

Viele linke Aktivist:innen, insbesondere jüdische Aktivist:innen, haben die Frage aufgeworfen, wie es möglich ist, dass Jüd:innen, die so sehr unter den Nazis in Europa gelitten haben, nur drei Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges Palästinenser:innen mit solcher Brutalität töten, vertreiben und enteignen konnten.

Diese Frage wird oft im Zorn gestellt, und viele Menschen wollen sie nicht beantworten, weil sie die Frage an sich als eine Form der Gleichsetzung des Holocaust mit der Nakba betrachten.

Ich möchte diese Frage sachlich und ruhig beantworten. Ich selbst bin nicht in der Lage, diese Frage zu beantworten, ich hatte keine Gelegenheit, meinen Großvater zu fragen, als er noch lebte. Aber mein Vater ist Literaturprofessor, und er hat tatsächlich umfangreiche Recherchen über die Krieger-Dichter angestellt, die 1948 in der Palmakh und den anderen zionistischen Milizen gekämpft haben. Mein Vater studierte Poesie und hat zwei Bücher über die Erwähnung der Nakba in den Gedichten der jüdischen Kämpfer geschrieben. Er fand gemischte Gefühle und häufige Vergleiche zwischen dem Holocaust und der Nakba.

Aba Kovner, der die Ermordung von sechs Millionen Deutschen als ultimativen Racheakt plante

und sogar das dafür nötige Gift sammelte, im letzten Moment jedoch von Ben Gurion und dem israelischen Geheimdienst gestoppt wurde, beschrieb in seinem Gedicht „Guernica auf jedem Hügel“ den Krieg von 1948 – er verglich seine eigene Seite mit den Faschisten und die von den Nazis im spanischen Bürgerkrieg angerichtete Zerstörung mit der Zerstörung Palästinas. Wie er beschrieben viele der Milizionäre in ihren Gedichten ihre brutalen Taten gegen die Palästinenser:innen als Racheakte, aber das Ziel der Rache wurde falsch verortet. Da sie keine Nazis töten konnten, töteten sie Palästinenser:innen.

Tatsächlich waren es die Israelis, die die Nakba gerne mit dem Holocaust verglichen, und der Grund, warum sie diesen Vergleich immer wieder anstellen, ist, dass er die Palästinenser:innen entmachtet. Wie können Palästinenser:innen, die ihre Heimat und ihren Besitz verloren haben, mit Jüd:innen konkurrieren, die ihre Zivilisation und Millionen von Menschen verloren haben, die auf barbarischste Weise ermordet wurden? Der Vergleich wurde benutzt, um den Palästinenser:innen zu sagen: Schweigt, akzeptiert eure Tragödie, denn wir Jüd:innen haben mehr gelitten als ihr. Auch hier gilt: Gewalt führt zu Schweigen.

Und das hat zu einem sehr seltsamen und interessanten Phänomen geführt: Palästinenser:innen, die den Holocaust studieren.

Jedes Jahr am israelischen Holocaust-Tag werden in der Knesset Reden gehalten. Viele jüdische Israelis sind sich einig, dass die beste Rede, die je über den Holocaust gehalten wurde, überraschenderweise von einem Palästinenser gehalten wurde, nämlich von dem Mitglied der Knesset Ahmed Tibi im Jahr 2010. Tibi versuchte nicht, sein Mitgefühl für die Opfer des Holocaust zu nutzen, um Mitgefühl für die Palästinenser:innen oder um Verständnis für die Opfer der Nakba zu bitten. Seine Rede war einfach und direkt und konzentrierte sich auf den Holocaust als ein Verbrechen an den Jüd:innen.

Basam Aramin vom Family Circle, der zusammen mit Rami Elhanan einige Male in Deutschland gesprochen hat – beide Männer haben ihre Töchter durch Gewalt verloren –, hat seine Magisterarbeit über den Holocaust geschrieben.

Ali Abunimah, der Herausgeber der Website *Electronic Intifada*, ist eine der klarsten Stimmen gegen Antisemitismus. In einem Interview mit der Deutschen Welle sagte er letztes Jahr, dass Deutschland die Verantwortung für die an Jüd:innen begangenen Verbrechen übernehmen sollte, anstatt von den Palästinenser:innen zu erwarten, dass sie den Preis für die von den Nazis begangenen Verbrechen zahlen. Warum liefert Deutschland im Namen seiner Schuldgefühle gegenüber dem Holocaust Waffen an Israel, die gegen Palästinenser:innen eingesetzt werden? Die *Deutsche Welle* hat das Interview zensiert. Gewalt verursacht Schweigen.

Im **vierten Teil** meines Vortrags geht es um Deutschland und die Diskussion hier, denn Gespenster des Unrechts der Vergangenheit gibt es natürlich nicht nur in Israel. Es gibt einen schönen Roman von Roman Gary, „Der letzte Tanz des Dschingis Cohen“ über den Geist eines jüdischen Komikers, der den Körper des SS-Offiziers besitzt, der ihn ermordet hat.

Ich denke, dass die Stolpersteine, die in vielen deutschen Städten eine willkommene Initiative sind, eine Form des Exorzismus sind – die Geister sind weniger unheimlich, wenn sie anerkannt und mit Denkmälern markiert werden. Das ist eine Lektion, die die israelischen Behörden, die immer noch hartnäckig die von Zochrot aufgestellten Schilder entfernen, noch nicht gelernt haben.

Ich bin erstaunt, dass in Deutschland, das behauptet, die Erinnerungskultur zu respektieren, die Geschichte so einfach geleugnet, vergessen und ausgelöscht werden kann. Die Entscheidung der Berliner Polizei, Nakba-Veranstaltungen in Berlin zu verbieten, ist skandalös. Es spielt keine Rolle, ob der Holocaust mit der Nakba vergleichbar ist oder nicht. Wichtig ist, dass es sich um die Geschichte von Menschen handelt, die Opfer einer großen Ungerechtigkeit wurden. Diese Menschen, ob Jüd:innen oder Palästinenser:innen, haben das Recht, sich an ihre Geschichte zu erinnern, dem zu gedenken, was sie verloren haben, seien es Familienmitglieder oder ihr Land und ihre Häuser, und öffentliche Zeremonien abzuhalten.

Wie Sie wissen, gibt es eine jüdische rassistische Terrororganisation, die in Deutschland aktiv ist, die JDL (Jewish Defense League). Das ist der internationale Zweig der israelischen Kach-Bewegung, der Terrororganisation, der auch der israelische Sicherheitsminister Itamar Ben-Gvir angehört und die sogar in Israel illegal ist, so dass Ben-Gvir nicht in der Armee dienen durfte. Stellen Sie sich nun vor, dass die JDL in Berlin eine rassistische Äußerung macht oder dazu aufruft, Araber zu töten. Dann wird die Berliner Polizei beschließen, dass deswegen keine Holocaust-

Gedenkveranstaltungen mehr in Berlin erlaubt sind.

Glauben Sie, dass dies realistisch ist? Aber genau das ist im vergangenen Mai und auch in diesem Jahr passiert, als die Berliner Polizei Nakba-Veranstaltungen verboten hat. Ich erinnere Sie daran, dass die Berliner Polizei letztes Jahr die Entscheidung traf, Nakba-Veranstaltungen zu verbieten, und sogar Menschen angriff, die palästinensische Symbole in einem Akt der racial profiling zeigten, als ein israelischer Polizeibeamter, Doron Turgeman, in Berlin war und ein Seminar für die Berliner Polizei gab. Turgeman befehligt die israelische Polizei im besetzten Ost-Jerusalem. Er gab den Befehl, die Beerdigung der berühmten palästinensischen Journalistin Shireen Abu-Akleh anzugreifen, die von israelischen Soldaten ermordet worden war. Der Befehl von Turgeman hat viele überrascht. Welchen Zweck hat der Angriff auf die Beerdigung? In Israel wurde ihm vorgeworfen, er habe einen Skandal verursacht, und sei sich der Lage vor Ort nicht bewusst, weil er in Berlin war und den Befehl aus der Ferne gab. Aber genauso wie er den Palästinenser:innen nicht erlauben wollte, um Shireen Abu-Akleh zu trauern, hat er die Berliner Polizei überzeugt, den Palästinenser:innen das Recht zu verweigern, um die Nakba zu trauern.

Im Mai 2019 verabschiedete der Bundestag die Anti-BDS-Resolution, die die Boykottbewegung gegen Israel mit den Nazis verglich, die „Kauft nicht bei Juden“ riefen. Der Vergleich einer Menschenrechtsbewegung, die das Rückkehrrecht für palästinensische Flüchtlinge fordert, mit den Nazi-Deutschen, die ihre eigenen jüdischen Mitbürger verrieten und sie unverschuldet zu Feinden machten, beweist, dass in Deutschland heute der Vergleich mit dem Holocaust erlaubt ist. Selbst der Bundestag kann die Nazis mit Menschenrechtlern vergleichen.

Der **fünfte und letzte Teil** meines Vortrags ist die Schlussfolgerung. Wenn wir von einer Erinnerungskultur sprechen, hier in Deutschland oder irgendwo auf der Welt, dann müssen wir uns fragen – Erinnerung zu welchem Zweck? Ein Grund ist die Forderung nach Gerechtigkeit, nach Entschädigung. Die Palästinenser:innen wollen die Anerkennung des Unrechts der Nakba, weil sie das Recht haben wollen, in ihre Häuser und auf ihr Land zurückzukehren.

Aber als Menschen haben wir alle, nicht nur die Palästinenser:innen, auch ein Interesse daran, uns an die Nakba zu erinnern und das Verbrechen anzuerkennen, denn die Anerkennung von Unrecht in der Vergangenheit ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Bemühungen, Unrecht in der Zukunft zu verhindern. Wir haben angesichts der ethnischen Säuberung Palästinas geschwiegen, und die Verbrecher wurden nie bestraft. Als Millionen von Flüchtlingen aus Darfur, Eritrea, Syrien und jetzt aus der Ukraine vertrieben wurden, konnten die Verbrecher, die Krieg und ethnische Säuberung betreiben, also auch davon ausgehen, dass sie ungestraft davonkommen würden.

Wenn die palästinensischen Flüchtlinge zurückkehren dürfen, werden auch die Israelis endlich von der Angst vor dem Klopfen an der Tür befreit sein, und die Gespenster werden endlich Ruhe finden.

*Der Autor Dr. **Shir Hever**, geboren 1978 in Israel, promovierte nach seinem Studium in Tel-Aviv an der FU Berlin in Politikwissenschaft. Er forscht zur Ökonomie der israelischen Besatzung und zum Kolonialismus. Hever ist Vorstandsmitglied der „Jüdischen Stimme für gerechten Frieden in Nahost“. Sein letztes Buch „The Privatization of Israeli Security“ erschien 2017.*

## „Staatsräson. Zum Gebrauch des Begriffs nach dem 7. Oktober *von Prof. Dr. Ralf Michaels (20. November 2023)*

*Ralf Michaels ist Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht in Hamburg, Global Law Professor an der Queen Mary University of London und Professor für Rechtswissenschaften an der Universität Hamburg. Seine aktuellen Forschungsschwerpunkte sind dekoloniale Rechtsvergleichung, globale Rechtspluralität, nachhaltiges Privatrecht, sowie das Recht der Antisemitismusbekämpfung.*

Seit Angela Merkel sich 2008 vor der Knesset dazu bekannte, die besondere historische Verantwortung Deutschlands für die Sicherheit Israels sei „Teil der deutschen Staatsräson“, ist dieser Begriff zum zentralen Ausgangspunkt von

Diskussionen über den Israel/Palästinenser-Konflikt geworden. Dass Deutschland sich zur Sicherheit Israels bekennen muss, ist eine Selbstverständlichkeit (die trotzdem gesagt werden muss). Der Begriff der Staatsräson hingegen ist es nicht. Erstens steht er, seit seinem Aufkommen in der politischen Theorie der italienischen Renaissance, für ein Nützlichkeitsdenken ohne Rücksicht auf Recht und Moral, was mit Rechtsstaatlichkeit und Völkerrecht schwer in Einklang zu bringen ist. Zweitens betrifft Staatsräson typischerweise die Interessen des eigenen und nicht wie hier eines fremden Staates.

Daher gab es von Anfang an Diskussionen über die Berechtigung einer solchen Staatsräson. Innenpolitisch musste die Bundesregierung den Bundestag beruhigen, Merkels Versprechen sei nur eine politische Aussage, die die Rechte des Bundestags unberührt ließ. Außenpolitisch verzichtete Bundespräsident Gauck bei seinem Staatsbesuch 2012 in Israel darauf, die Zusage in der Form zu wiederholen, und zwar aus der Besorgnis, mit der Staatsräson seien Verpflichtungen verbunden, die der Staat nicht erfüllen wolle oder könne.

Freilich zeigte sich schon bald, dass Forderungen, den Begriff mit konkretem Inhalt zu füllen – Waffenlieferungen an Israel etwa oder ein bestimmtes Abstimmen im UN-Weltsicherheitsrats –, verpufften. Man konnte sich zur Existenz und Sicherheit Israels bekennen, ohne dafür irgendetwas tun zu müssen. Und so bekennen sich mittlerweile alle dazu, Bundesregierung und Bundestag ebenso wie alle im Bundestag vertretenen Parteien mit Ausnahme nur der Linken. Selbst die AfD hat offenbar erkannt, dass ein Bekenntnis zu Israels Sicherheit ihr nützen kann.

Diese Form der Symbolpolitik als Staatsräson erinnert an ältere Diskussionen. 1965 fragte die Sozialwissenschaftlerin und Historikerin Eleonore Sterling in einem zu Unrecht vergessenen Aufsatz, woher der damals neue deutsche Philosemitismus komme, dessen Mechanik so sehr derjenigen des Antisemitismus ähnelte. Ihre Antwort: das Bedürfnis des immer noch antisemitisch geprägten Nachkriegsdeutschlands, sich gegenüber dem Ausland als „demokratisch“ auszuweisen. Da das durch Handlungen schwer möglich sei, bediene man sich der Symbole und Ersatzhandlungen. Eine davon sei eben der Philosemitismus, und der habe „eigentlich weniger mit den Juden, dafür mehr mit Staatsräson und Außenpolitik zu tun.“

Seit dem 7. Oktober ist die Zeit, in der ein Bekenntnis zur Staatsräson folgenlos möglich war, vorbei: Nun wird Konkretes gefordert. Der Bundeskanzler versicherte dem israelischen Premierminister Netanjahu unmittelbar nach dem Massaker, man werde entsprechend der Staatsräson handeln. Ein paar Tage später erklärte er, was damit gemeint sei: „Israel hat das völkerrechtlich verbriefte Recht, sich und seine Bürgerinnen und Bürger gegen diesen barbarischen Angriff zu verteidigen. Die Sicherheit in und für Israel muss wiederhergestellt werden, und darum muss Israel sich verteidigen können. In diesem Moment gibt es für Deutschland nur einen Platz: den Platz an der Seite Israels.“ Der Bundestag forderte die Bundesregierung im Rahmen dieser Staatsräson auf, Israel volle Solidarität und jedwede Unterstützung zu gewähren. Vizekanzler Habeck erklärte in seinem am 1. November veröffentlichten Video, der Satz „Israels Sicherheit ist deutsche Staatsräson“ sei nie eine Leerformel gewesen (was fraglich erscheint) und dürfe auch keine werden. In einer Fernsehsendung führte er aus, ein pazifistisches Eintreten für einen Waffenstillstand schließe sich für ihn als nichtjüdischen deutschen Politiker aus, „wenn wir diese Rede von der Staatsräson ernst meinen.“

Was bedeutet es, die Rede von der Staatsräson ernst zu nehmen? Außenpolitisch offenbar unverbrüchliche Solidarität mit Israel und seiner Regierung, und zwar nicht nur in der Trauer über die vielen Opfer, sondern auch in seiner Kriegsführung. Zuvor wurde die Betonung von Israels Sicherheit regelmäßig mit dem deutschen Einsetzen für eine friedliche Lösung des Konflikts und einer Zweistaatenlösung verbunden: Der Bundestag erklärte 2018, „dass die nachhaltige Sicherheit Israels langfristig nur im Rahmen einer Zweistaatenlösung garantiert sein kann“. Außenministerin Baerbock fügte bei ihrem Israelbesuch 2022 sogar Kritik an der Siedlungspolitik im Westjordanland an, die sie als völkerrechtswidrig bezeichnete. Heute ist davon wenig zu hören. „Israel und seine Sicherheit bleiben deutsche Staatsräson und Leitmotiv unseres Handelns“, liest man im Entwurf der Regierungsparteien für eine Bundestagsresolution mit dem Titel „Historische Verantwortung wahrnehmen – Jüdisches Leben in Deutschland schützen“. Für Palästinenser, die im Gazastreifen von der Armee beschossen und im Westjordanland von Siedlern vertrieben werden, findet sich hier weder die frühere Aussicht auf eine Zweistaatenlösung noch auch nur die Einforderung des Völkerrechts. Was die Staatsräson fordert, scheint beschränkt auf eine

Unterstützung der Kriegsführung; diese in Frage zu stellen, verbietet sich offenbar. Schon die Enthaltung zu einer UN-Resolution für einen Waffenstillstand kritisiert der Bundespräsident als Verletzung der Staatsräson.

Und innenpolitisch nimmt man diese Staatsräson als Anlass für Verschärfungen des Rechts heran. 2018 bezog nur Alexander „Fliegenschiss" Gauland die Staatsräson auch auf die Innenpolitik: Die Existenzsicherung Israels beginne am Brandenburger Tor; Antisemitismus dürfe nicht zum „Kollateralschaden einer falschen Flüchtlings- und Einwanderungspolitik" werden. 2023 ist diese Ausweitung offizielle Politik geworden: Unter dem Brandenburger Tor werden Demonstrationen verboten oder beschränkt, geforderte Restriktionen im Einbürgerungsrecht werden maßgeblich mit der Sicherheit Israels und dem Kampf gegen Antisemitismus begründet – Staatsräson beschränkt sich im Wesentlichen auf Versicherheitlichung. Und obwohl doch Staatsräson schon begrifflich auf den Staat bezogen ist, wird ihre Einhaltung jetzt auch von der Gesellschaft verlangt. Nicht nur von Muslimen werden aktive Bekenntnisse eingefordert; der Bundestag verlangt, „das Existenzrecht Israels aktiv und unzweideutig auf allen Ebenen und in der gesamten Gesellschaft einzufordern." Es wäre tatsächlich schön, wenn die Gesellschaft das stärker anerkannte. Aber kann ein liberaler Staat wirklich Bekenntnisse von der Gesellschaft einfordern?

Die Frage ist dringlich: Ist das alles durch den 7. Oktober gerechtfertigt, sogar geboten? In der Tat bieten das entsetzliche Massaker der Hamas und der anhaltende Krieg im Gazastreifen Anlass, Inhalt und Bedeutung dieser Staatsräson neu zu vermessen. Dafür sind drei Erkenntnisse maßgebend.

Erstens: Der 7. Oktober zeigt, dass die Staatsräson versagt hat. Wenn die Verantwortung für Israels Sicherheit deutsche Staatsräson ist, dann ist Deutschland dieser Verantwortung nicht gerecht geworden. 1.200 Menschen in Südisrael, die allermeisten davon jüdische Israelis, wurden bestialisch getötet; tausende weitere verletzt, hunderte in den Gaza-Streifen verschleppt. Israel war nicht sicher an jenem 7. Oktober und die israelische Regierung geht davon aus, eine solche Sicherheit bestehe weiterhin nicht. Der Vorwurf, das Reden von der Staatsräson sei bislang bloße Rhetorik ohne Inhalt gewesen, hat an Plausibilität gewonnen.

Indes ist damit nicht gesagt, was Deutschland hätte tun sollen. Hätte mehr Militärhilfe Netanjahu davon abgehalten, Soldaten von der Grenze abzuziehen? Hätte ein israelfreundlicheres Abstimmungsverhalten in der UNO die Hamas abgeschreckt? Was wenn es gerade umgekehrt die Unterstützung auch der Netanjahu-Regierung war, die Israel unsicher gemacht hat? So argumentierte der israelische Historiker Moshe Zimmermann kurz vor dem Massaker: „Da gegenwärtig die israelische Regierung eben die größte Gefahr für das Land und die Region ist, bedeutet die Unterstützung für diese Regierung den Verrat an der Aufgabe, Israels Sicherheit als deutsche Staatsräson zu betrachten." Nach dem Massaker herrscht auch in Israel in weiten Kreisen die Ansicht, es seien Premierminister Netanjahu und seine Regierung, die durch ihre Politik dieses Massaker möglich gemacht hätten; Rücktrittsforderungen noch während des Krieges werden laut; eine Mehrheit befürwortet mittlerweile entgegen Netanyahu einen Waffenstillstand, wenn so die Geiseln freikommen.

Zweitens: Die Reaktion Israels, die massiven Angriffe auf den Gazastreifen, gehen in Intensität und Extensität weit über frühere Maßnahmen hinaus. Nicht nur der UN-Sicherheitsrat (ohne Gegenstimme der USA) bezweifelt, dass diese Angriffe sich in dem Rahmen halten, den das Völkerrecht Israel für die Selbstverteidigung bietet. Selbst israelische Regierungsmitglieder bezeichnen die Aktion als Vergeltung, hinterfragen die völkerrechtlich zentrale Trennung zwischen Zivilisten und Soldaten, fordern die Zerstörung des Gaza-Streifens, sprechen affirmativ von einer Nakba 2.0. Gewichtige Stimmen wie die des Holocaustforschers Omer Bartov und zahlreicher UN-Experten sehen sogar das Potenzial für einen Genozid. Die israelische Regierung argumentiert, ihre Aktionen seien notwendig für die Selbstverteidigung; indes stellen viele in Zweifel, dass der Krieg Israel sicherer machen wird.

Hinzu kommt ein Drittes: Betroffen ist spätestens jetzt nicht mehr nur die Sicherheit Israels, sondern auch diejenige Deutschlands. Der Konflikt hat Deutschland erreicht: mit antisemitischen Sprüchen und Bedrohungen von Juden auf Demonstrationen und in ihren Wohnungen, mit Angriffen auf jüdische Einrichtungen, aber auch Hakenkreuzschmierereien auf Moscheen und Grundrechtseinschränkungen für Palästinenser und Menschen, die sich für deren Rechte einsetzen. Ein massives Polizeiaufgebot schützt jüdische Einrichtungen; die Angst vor einem Anschlag ist groß. Noch größer ist die Sorge um eine Ausweitung des Konflikts im Nahen Osten auf andere Länder. Die Sicherheit Israels und die

Art und Weise, in der sie geschützt oder wiederhergestellt wird, betreffen also mittlerweile auch deutsche Interessen im Inland. Das ist schlimm, denn gerade der Schutz jüdischen Lebens ist zu Recht auch deutsche Staatsräson. Es ist aber problematisch, wenn er mit der Sicherheit Israels gleichgesetzt wird.

Diese drei Entwicklungen lassen es zumindest zweifelhaft erscheinen, dass die Unterstützung der jetzigen Regierung und ihrer Kriegsführung mit dem Namen deutsche Staatsräson richtig benannt ist. Konkret unterstützt man eine Regierung, die schon in der Vergangenheit die Sicherheit ihres Landes nicht garantieren konnte und es heute vielleicht auch nicht tut. Man unterstützt mutmaßliche Völkerrechtsbrüche einer Regierung, die man vor dem 7. Oktober für ihre Unterwanderung des Rechtsstaats kritisiert hat, und riskiert damit, sowohl die Rolle des Völkerrechts insgesamt als auch die Glaubwürdigkeit Deutschlands, beides zentrale deutsche Interessen, zu unterminieren. Und man nimmt die Gefahr in Deutschland in Kauf. Es bräuchte substantielle Argumente, das zu legitimieren, aber der bloße Verweis auf die Staatsräson reicht vielen offenbar aus. Wie kann das sein?

Die Antwort: Was hier Staatsräson genannt wird, ist eine Mogelpackung. Wenn die *ZEIT* titelt, „Deutschland kann sich offenbar nicht zu seiner Staatsräson bekennen, wenn es glaubt, damit realpolitischen Interessen zu schaden“, macht sie ein Paradox deutlich: Was wäre Staatsräson anderes, als realpolitische Interessen zu verfolgen? Das zeigt: Beim Einstehen für die Sicherheit Israels handelt es sich nicht um moralfreie Staatsklugheit, sondern vielmehr um ein moralisches Ansinnen, es geht nicht um Erweiterung der staatlichen Handlungsfreiheit, sondern um deren (selbstverantwortete) Beschränkung. Kritisiert man sonst an der Staatsräson, dass sie der Moral vorgehen will, so geschieht hier das Umgekehrte: eine vermeintliche moralische Verpflichtung soll der Staatsklugheit vorgehen, soll also den deutschen Staat daran hindern, zu überlegen, was seinen eigenen Interessen entspräche.

Das könnte man vielleicht rechtfertigen, wenn damit der Moral gedient wäre. Indes ist auch das teilweise zweifelhaft. Haben wir wirklich eine moralische Verpflichtung, die massenweise Tötung von Zivilisten zu unterstützen? Müssten wir das nicht wenigstens genauer begründen? Wenn wir abstrakt von der Staatsräson reden, fragen wir doch gar nicht mehr, ob die Bomben auf Krankenwagen und Flüchtlingslager im Gazastreifen zugunsten eines kaum zu erreichenden Ziels – der Ausmerzung einer Ideologie – und ohne echten Plan für die Stunde nach dem Krieg wirklich der Sicherheit Israels dienen. In Israel, wo man doch selbst betroffen ist, wird das intensiv diskutiert. In Deutschland sind schon solche Diskussionen suspekt. Müsste man nicht besser begründen, was genau unserer moralischen Verpflichtung entspricht?

Man muss es so scharf sagen: Eine solche Staatsräson, die als bloße abstrakte Referenz genutzt und weder durch staatliche Interessen noch durch konkrete moralische Erwägungen gerechtfertigt wird, ist nicht ein Ausdruck von „Verantwortung“, sondern umgekehrt von Verantwortungslosigkeit. Deutschland beruft sich auf die Schandtaten seiner Väter und Großväter als Rechtfertigung dafür, zum jetzigen Krieg keine eigene Position formulieren zu müssen oder zu dürfen. Deutschland beruft sich auf die Verantwortung, unverbrüchlich zu Israel zu halten (und das heißt de facto seiner Regierung), anstatt selbst Verantwortung für sein Verhalten zu übernehmen. Die deutsche Staatsräson, die doch eigentlich aus deutscher Sicht formuliert werden müsste und keine Bindung hat, wird jetzt behandelt, als wäre sie eine extern auferlegte Verpflichtung, die Deutschland die Entscheidungsfreiheit sogar dort nimmt, wo es um die Einhaltung des Rechts geht. Im Inland mögen einige das glauben. Im Ausland nimmt man uns das nicht ab – nicht zu Unrecht.

Und schlimmer: dieser Verweis auf eine vermeintliche Staatsräson wird in Deutschland dazu genutzt, das Recht zu ändern oder sogar Grundrechte einzuschränken, auch wo die Verbindung zweifelhaft ist. Dass die Grundrechte nicht unter dem Vorbehalt der Staatsräson stehen, sollte nicht des Ausspruchs eines Gerichts bedürfen. Aufrufe zur Gewalt bei Demonstrationen sind schon nach geltendem Recht verboten; eine Staatsräson ist dazu nicht nötig. Und für eine Verschärfung des deutschen Einwanderungsrechts mag es Gründe geben; wie sie der Sicherheit Israels dienen soll, ist jedoch unklar. Man kann sich nicht des Eindrucks erwehren, dass hier die Berufung auf die Staatsräson faktisch dazu instrumentalisiert wird, den Staat weniger liberal zu machen. Das wäre tatsächlich eine moralfreie Staatsräson im eigentlichen Sinne, allerdings nicht eine zur Sicherheit Israels, sondern zur Repression bestimmter Stimmen in Deutschland.

Gerade wenn die Staatsräson keine Leerformel sein soll, gerade wenn wir „die Rede von der

Staatsräson ernst nehmen“, ergibt sich die Verantwortung, zu formulieren, was sie wirklich beinhaltet. Eine Staatsräson beruht auf Gründen, sie ist nicht selbst ein unabhängiger Grund für Entscheidungen.

Zwei Fragen stellen sich vor allem. Geht die Sicherheit Israels allen anderen Erwägungen vor, oder ist sie bloß, wie es Merkel noch formulierte, „Teil“ der deutschen Staatsräson? Und wann unterscheidet sich das Eintreten für Israels Sicherheit von der Unterstützung der jetzigen israelischen Regierung?

Zur ersten Frage – nach den Grenzen – muss die Antwort sein, dass das Eintreten für die Sicherheit Israels, so wichtig es ist, Grenzen hat. Diese können sich zum einen aus dem Schutz jüdischen Lebens in Deutschland ergeben, das für Deutschland ja wenigstens ebenso wichtig ist wie die Sicherheit Israels. Beide Interessen können auseinanderfallen oder sogar gegeneinander stehen – Wissenschaftler haben die Befürchtung geäußert, dass die israelische Regierung in ihrem Alleinvertretungsanspruch für alle Juden gewissermaßen die Diasporajuden als Geiseln nimmt, weil sie damit dazu beiträgt, dass ihnen das Verhalten Israels zugerechnet wird. In so einem Fall muss sich Deutschland entscheiden.

Zum anderen ergeben sich Grenzen aus dem geltenden Recht. Völkerrechtsbrüche anderer Staaten zu unterstützen, liegt regelmäßig nicht im deutschen Interesse. Wenn Israel entscheidet, die Vernichtung der Hamas sei wichtiger als die Einhaltung des Völkerrechts, ist das eine israelische Entscheidung (vor der indes israelische Völkerrechtler schon früh gewarnt hatten). Deutschland kann eine solche Entscheidung normalerweise nicht mittragen; ein abstrakter Hinweis auf die Staatsräson reicht nicht aus, um ein anderes Ergebnis zu begründen. Und im Inland muss Deutschland Grundrechtseinschränkungen konkret begründen; der abstrakte Hinweis auf Israels Sicherheit reicht nicht.

Und was den Inhalt betrifft, ist zweifelhaft, dass man der israelischen Regierung die Definition der deutschen Staatsräson überlassen kann. Deutschland muss selbst entscheiden, ob es der Meinung sei, die weitere Bombardierung des Gazastreifens mache Israel wirklich sicherer und entspreche daher der deutschen Staatsräson, und es muss sich bei negativem Ergebnis dieser Prüfung für einen Waffenstillstand einsetzen, auch wenn Israel die Frage anders einschätzt. Deutschland muss selbst entscheiden, ob militärische Mittel die einzigen sind, um Israels Sicherheit zu ermöglichen. Und Deutschland muss selbst begründen, warum massive Grundrechtseinschränkungen in Deutschland gerechtfertigt sind.

Sterling wies 1965 darauf hin, dass der symbolische Philosemitismus gefährlich sei. Juden helfe er nicht, weil sie weiterhin auf ihre Opferrolle reduziert und als „andere“ beurteilt werden. Zudem werde der alte antijüdische Antagonismus nicht überwunden, sondern auf andere verschoben: „Minderheiten, deren offene Verunglimpfung und Verfolgung das aufgerichtete Symbol deutscher Demokratie gegenüber den verbündeten Staaten nicht gefährden, entweder weil sie dort gleichfalls Haßobjekte sind oder nicht als bedeutend genug gelten, um ‘Prüfstein’ für die Demokratie in Deutschland zu sein – die Ostvölker, sogenannte Linksintellektuelle und Gastarbeiter“. Die Kontinuität zu heute ist beängstigend. Auch heute werden Juden vor allem als Opfer gesehen. Die Täter sind zwar nicht mehr deutsche Nazis, sondern Palästinenser, aber die gelten ja vielen als die neuen Nazis – dass die Gleichsetzung des Holocaust mit anderen Untaten sonst zu Recht suspekt ist, scheint dem nicht entgegenzustehen. Auch Sterlings Feststellung 1965, der Philosemitismus korreliere mit einem Antagonismus gegen andere, bleibt aktuell. Wie 1965 richtet sich dieser Antagonismus gegen Linksintellektuelle – darunter vor allem jüdische wie Judith Butler oder Michael Rothberg – und gegen Menschen mit Migrationshintergrund.

Was sich geändert hat, ist der Adressat dieser Symbolpolitik. 1965 ging es darum, das Ausland zu überzeugen. Heute nimmt Deutschland die Schwächung der Beziehungen zu anderen Staaten als Israel offenbar in Kauf. Überzeugen will es heute vor allem sich selbst. Akzeptieren sollten wir das nicht. Dass wir uns für die Sicherheit Israels einsetzen, ist richtig. Warum wir das tun, sollten wir ausdrücklich aussprechen. Was das inhaltlich bedeutet, müssen wir selbst entscheiden und begründen. Die abstrakte Berufung auf eine angebliche Staatsräson verunklart all das. Wer es ernst meint mit der Solidarität mit Israel und dem Eintreten für seine Sicherheit, mit dem Schutz jüdischen Lebens in Deutschland, und mit der Aufrechterhaltung des Völkerrechts und des liberalen Rechtsstaats, der muss die formelhafte Berufung auf die Staatsräson in der jetzigen Form ablehnen.

*Quelle: https://geschichtedergegenwart.ch/staatsraeson-zum-gebrauch-des-begriffs-nach-dem-7-oktober/*

# Deutschland steht tief im Abseits *von Peter Vonnahme (9. Nov. 2023)*

*Zum Autor: Peter Vonnahme, Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof i. R. Von 1982 bis 2007 Richter am Bayerischen Verwaltungsgerichtshof in München, Mitglied der deutschen Sektion der International Association of Lawyers Against Nuclear Arms (IALANA), von 1995 bis 2001 Bundesvorstand der Neuen Richtervereinigung. Seit 2007 publizistisch tätig, Schwerpunkt: Rechtsstaat und Politik.*

Heute liegt Gaza in Schutt und Asche. 10.000 Tote bisher (3.500 Kinder). 40 Prozent der Gebäude zerstört. Ende nicht absehbar. Die Hälfte der Bevölkerung Gazas irrt im Süden des Landstrichs umher, verzweifelt, heimatlos, hoffnungslos – in ständiger Angst vor einemtodbringenden Militärschlag. Eine Flucht aus dem Freiluftgefängnis ist unmöglich, weil Israel die Grenzen überwacht. Das Schlupfloch nach Ägypten ist geschlossen. Im Innern herrscht Mangel an allem, an Trinkwasser, Nahrung, Medikamenten, Kliniken, Öl und Benzin. Gaza wandelt sich vom Gefängnis zum Kinderfriedhof. Es ist die Hölle auf Erden.
Alle Appelle, die Zivilbevölkerung zu schonen, verhallen im Nichts. Israel führt nicht mehr nur einen Krieg gegen die Hamas, es ist inzwischen ein Krieg gegen die Zivilbevölkerung Gazas.

**Verletzung des Völkerrechts**
Der Versuch, die Geschehnisse einzuordnen, ist schwierig. Einigkeit besteht nur darin, dass die brutalen Terrorattacken der Hamas vom 7. Oktober durch nichts zu rechtfertigen sind und dass sie gesühnt werden müssen. Deshalb darf Israel die Mörder verfolgen. Außerdem hat Israel das Recht zur Selbstverteidigung (Art. 51 Abs. 2 UN-Charta). Es darf auch alles in seiner Macht Stehende tun, um die von der Hamas festgehaltenen Geiseln zu befreien. Aber ein Massaker rechtfertigt nicht das nächste. Ein Staat, der sich gegen Terroristen wehrt, darf nicht selbst zu Mitteln des Terrors greifen, andernfalls wird er selbst zum Terrorstaat. Das Völkerrecht kennt kein Recht auf Rache. Wie brutal und niederträchtig die Angriffe der Hamas auf Zivilisten auch gewesen sein mögen, sie sind keine Legitimation für Bombardements und Raketenangriffe auf die Zivilbevölkerung. Außerdem verbietet das Völkerrecht die Aushungerung von Menschen. Zwischenfazit:
Die Blockade von Gaza durch Israel ist völkerrechtswidrig. Schon 2017 kam die UN in einem Untersuchungsbericht zu folgendem Ergebnis:

Viele dieser Maßnahmen verstoßen gegen das Völkerrecht, da sie die gesamte Bevölkerung von Gaza ohne Rücksicht auf die individuelle Verantwortung treffen und somit einer kollektiven Bestrafung gleichkommen.“

Bei einer Sitzung des Weltsicherheitsrates am 24. Oktober verurteilte UN-Generalsekretär António Guterres die Angriffe der islamistischen Hamas auf Israel auf das Schärfste. Dann sagte er mit Blick auf die 56 Jahre dauernde, „erdrückende Besatzung“ durch Israel: „Es ist wichtig zu erkennen, dass die Angriffe der Hamas nicht im luftleeren Raum stattfanden … Der Schutz der Zivilbevölkerung bedeutet nicht, mehr als eine Million Menschen zur Evakuierung in den Süden zu befehlen, wo es keine Unterkünfte, keine Nahrung, kein Wasser, keine Medikamente und keinen Treibstoff gibt, und dann den Süden selbst weiter zu bombardieren.“ Durch solche juristischen Klarstellungen werden die Verbrechen der Hamas nicht „relativiert“, selbst wenn israelische Regierungsvertreter es immer wieder behaupten. Deshalb ist die vom israelischen Botschafter bei den Vereinten Nationen erhobene Rücktrittsforderung gegen Guterres unangemessen. Sie missdeutet bewusst Guterres’ Worte und verkennt außerdem das Völkerrecht.

**Völkermord**
Premierminister Netanjahu redet offen davon, Gaza plattzumachen, wörtlich am 8. Oktober: „Wir werden Gaza zu einer Insel aus Ruinen machen.“ Verteidigungsminister Yoav Gallant sagte am 9. Oktober im Fernsehen: „Es wird keinen Strom geben, keine Lebensmittel, keinen Treibstoff, alles ist geschlossen. Wir kämpfen gegen menschliche Tiere und wir handeln entsprechend.“ Der Sprecher der israelischen Armee, Daniel Hagari, sagte am 10. Oktober in Haaretz: „Wir werfen hunderte Tonnen von Bomben auf Gaza. Der Fokus liegt auf Zerstörung, nicht auf Genauigkeit.“ Präsident Jitzchak Herzog sagte am 14. Oktober auf einer Pressekonferenz: „Es ist ein ganzes Volk, das verantwortlich ist … Wir werden kämpfen, bis wir ihr Rückgrat brechen.“ Solche Worte zeigen die Absicht, das Leben der

Zivilbevölkerung im Gazastreifen unter Missachtung des Völkerrechts auszulöschen und die zivile Infrastruktur zu zerstören. Die Realität der israelischen Kriegsführung bestätigt die Ankündigungen eindrucksvoll. Der bedeutende Völkerrechtler Prof. Norman Paech meint unter Zitierung des internationalen Rechts: „Wir müssen uns eingestehen, das ist Völkermord! … Nur unsere Medien wollen von all dem nichts wissen, völlig der Staatsräson erlegen.“ Gestützt auf Erfahrungen äußerte Paech die Sorge, dass der Vorwurf des Völkermords als purer Antisemitismus abgetan werde.

**Deutsche Haltung zu Israel**

Bei der Frage nach Deutschlands Verantwortung für Israel geht es nicht um persönliche Schuld des Einzelnen, sondern um eine historische Erblast aller. Der Zeitablauf seit dem Ende des Nazistaates und des Holocausts macht millionenfaches Verbrechen nicht ungeschehen. Allerdings ist unvermeidlich, dass sich der Kulturbruch des „Tausendjährigen Reiches“ in eine lange deutsche Geschichte mit Höhen und Tiefen einreiht. Nach meiner persönlichen Bewertung (Jahrgang 1942, Zeitzeuge von KZ-Anlagen an meinem Wohnort, Ruhestandsrichter mit großer Sensibilität für das Leiden der Juden im Dritten Reich) schuldet Deutschland dem Zufluchtsstaat der Holocaustüberlebenden auch heute noch moralische und politische Unterstützung. Diese Einordnung mag sich bei späteren Generationen ändern. Trotz meiner Empathie für die von einem schweren Schicksal betroffenen Juden bin ich entschieden der Meinung, dass Waffenlieferungen nicht zu den deutschen Beistandspflichten für den Staat Israel gehören. Denn die Geschichte seit 1948 lehrt, dass der Bestand Israels mit Kriegswaffen nicht gesichert werden kann. Einen wirklichen Schutz kann nur die internationale Gemeinschaft gewährleisten. Zwingende Voraussetzung hierfür ist eine Aussöhnung zwischen Israelis und Palästinensern auf der Grundlage einer gerechten Friedenslösung. Auf diesem Feld kann Deutschland seinen Beitrag leisten. Elementar ist ein klares Bekenntnis zum Existenzrecht Israels. Die Staatsgründung Israels – so umstritten sie seinerzeit auch war – ist ein abgeschlossener historischer Tatbestand. Im Vertrauen hierauf haben mehrere Generationen und Millionen Menschen ihre existenziellen Entscheidungen getroffen. Sie haben sich für ein Leben in Israel entschieden. Dieses Vertrauen muss geschützt werden. Israel hat ein Recht auf Existenz – ohne Wenn und Aber! Es wird keine Revision zum Status vor 1948 geben. Das müssen auch die Palästinenser begreifen. Gesprochen werden kann nur noch über Fragen des Wie eines Zusammenlebens zweier Völker (vor allem Grenzziehungen, Siedlungs- und Entschädigungsfragen, Modelle der Staatlichkeit). Auf diesem Feld hat Deutschland eine historische Sonderverantwortung. Die deutsche Außenpolitik muss endlich verstehen, dass Deutschland nicht nur gegenüber dem Judenstaat, sondern auch gegenüber den schuldlos aus ihrer Heimat vertriebenen Palästinensern eine Verpflichtung hat.

**Staatsräson**

Wenngleich somit eine Sonderverantwortung Deutschlands für den Staat Israel besteht, hat diese Grenzen. Die ungeheure Schuld, die Deutsche gegenüber dem jüdischen Volk auf sich geladen haben, darf nicht dazu führen, dass Deutschland nunmehr – gewissermaßen zum Ausgleich – eine ungerechte Politik Israels gegenüber dem palästinensischen Volk unterstützt und bei Menschen- und Völkerrechtsverletzungen wegschaut und schweigt. Durch eine solche Haltung würde begangenes Unrecht nicht verringert oder gar geheilt werden. Vielmehr würde einer großen historischen Schuld eine weitere hinzugefügt.

Vor diesem Hintergrund ist Merkels 2008 in der Knesset abgegebene Erklärung, dass die Sicherheit Israels „deutsche Staatsräson“ sei, problematisch. Zum einen ist diese Zusage vom Parlament nie bestätigt worden, also im Bedarfsfall wenig belastbar. Zum anderen ist nirgendwo definiert, was Staatsräson eigentlich bedeutet. Der Begriff schillert zwischen verschiedenen Bedeutungsebenen, vor allem aber beschreibt er keine klaren Grenzen. Diese begriffliche Unschärfe wird gerade heute sichtbar, wenn die Frage diskutiert wird, ob aus der zugesagten Staatsräson eine Pflicht zu Waffenlieferungen oder gar zu militärischem Beistand abgeleitet werden kann. Der frühere Bundespräsident Gauck ist übrigens bei einem Staatsbesuch in Israel erkennbar von Merkels Doktrin abgerückt. Er sagte angesichts des damaligen Streits um das iranische Atomprogramm, die These von einer Staatsräson könne Deutschland in „enorme Schwierigkeiten” bringen.

Ungeachtet der Beliebigkeit des Begriffs Staatsräson ist klar, dass die deutsche Sonderverantwortung für Israel dort endet, wo das Friedensgebot des Grundgesetzes (Präambel und Art. 1 Abs. 2 GG) und die Normen des Völkerrechts beginnen. Deutschland muss immer der Stärke des Rechts verpflichtet sein und nicht dem Recht des Stärkeren. Es darf nie mit zweierlei Maßstäben

messen. Was für die eine Seite recht ist, muss für die andere billig sein. Konkret heißt das: Wer von palästinensischen Terrorgruppen verlangt, dass sie ihre Raketenangriffe einstellen, muss gleichzeitig Israel auffordern, Luftangriffe auf Wohngebiete und gezielte Tötungsaktionen zu unterlassen. Aus unserer Sonderverantwortung für Israel leiten sich auch wohlverstandene Freundschaftspflichten ab. Echte Freundschaft erweist sich nicht in der stillschweigenden Hinnahme oder gar Unterstützung von Fehlverhalten. Sie zeigt sich vielmehr im Mut, dem Freund notfalls in den Arm zu fallen, wenn er im Begriff ist, Fehler zu machen; andernfalls ist man ein bequemer und damit unzuverlässiger Freund. Beispiel: Ein echter Freund nimmt seinem betrunkenen Begleiter die Autoschlüssel weg, auch auf die Gefahr hin, dass er sich wehrt und laut wird. Gleiches gilt auch für das Verhalten Deutschlands gegenüber Israel. Wenn erkennbar ist, dass Israel sich verläuft, muss Deutschland als Freund helfend eingreifen; jetzt wäre die Zeit dazu. Die Legitimation für einen Eingriff wird nicht durch die tragischen Fehler deutscher Politik in der Vergangenheit beseitigt. Im Gegenteil, der in die Irre Gegangene kann den rechten Weg erfahrungsgemäß am besten weisen.

Traurige Tatsache ist jedoch, dass Deutschland bei israelischen Rechtsbrüchen in der Regel schweigt. Gelegentliche Reaktionen der deutschen Bundesregierung sind oftmals Zeichen von bedrückender Einseitigkeit und Perspektivlosigkeit. Wenn etwa die deutsche Außenministerin Baerbock sagt, „In diesen Tagen sind wir alle Israelis“, hat das mit recht verstandener Freundschaft nichts mehr zu tun. Diese Äußerung ist unterkomplex und der Verantwortung einer Ministerin nicht angemessen. Baerbock blendet offensichtlich aus, dass sich Israel auf einem verhängnisvollen Irrweg befindet, der letztlich sogar seine Existenz in Gefahr bringen kann. Unübersehbar nimmt in der arabischen Nachbarschaft das Unverständnis, bisweilen sogar der Hass gegen Israel zu; weltweit schwindet die Solidarität mit Israel. Zweifelhaft ist auch, ob die von Israel seit Jahren verfolgte Politik der Härte gegenüber dem palästinensischen Volk die Gefährdungen für die eigene Bevölkerung verringert. Der Blutzoll der letzten Wochen spricht dagegen.

Die von Kanzler Scholz unlängst abgegebene Erklärung, „Unsere Verantwortung, die sich aus dem Holocaust ergibt, macht es für uns zu einer ewigen Aufgabe, für die Existenz und Sicherheit des Staates Israel einzutreten“, ist einseitig und gefährlich. Sie ist gewissermaßen ein Blankoscheck in dem Sinne, dass Israel machen kann, was es will, und Deutschland hierbei sekundiert. Damit lässt der Kanzler das Völkerrecht weit hinter sich. Außerdem macht er sich zum naiven Büttel eines rechtvergessenen und rachsüchtigen Apartheidstaates. Norman Paech mahnt eindringlich, wer gegen einen Waffenstillstand votiere oder sich der Stimme enthalte, mache sich zum Komplizen eines Völkermords.

Völkermord sei ein Verbrechen, das nach § 6 Völkerstrafgesetzbuch und Art. 6 des Römischen Statuts strafbar ist. Wer Israels Krieg unterstütze, mache sich mitschuldig. Dies solle die Bundesregierung genau bedenken.

**Zukunftsszenario**

Das zentrale Problem ist, dass Israel keine erkennbare Strategie hat. Die Politik der jetzigen Regierung lässt nicht einmal ansatzweise erahnen, welche langfristigen Ziele mit Palästina verfolgt werden. Es ist völlig offen, ob die Besatzung des Westjordanlandes, die Apartheid und die gewaltsame Unterdrückung des palästinensischen Volkes andauern sollen. Konkret: Sollen illegale Ausdehnung israelischer Siedlungsgebiete, Zerstörung palästinensischer Häuser, Vernichtung von Olivenplantagen, Enteignung der Grundbesitzer, Sperrung der Straßen für die Ureinwohner weitergehen? Und was bedeutet die systematische Zersiedlung ganzer Gebiete auf der West Bank? Will man ein einheitliches Palästinensergebiet verhindern in der Absicht, damit einen Palästinenserstaat technisch unmöglich zu machen?

Ist etwa daran gedacht, den Gazastreifen durch Vertreibung der Bewohner („ethnische Säuberung“) zu entvölkern („Land ohne Volk“), um das Gebiet perspektivisch dem Staat Israel einzugliedern („Modell Großisrael“)?

Deutschland zeigt an all diesen Fragen kein Interesse. Was ist mit den Palästinensern? Für maßgebende Köpfe der Politik und der staatsnahen Medien sind Palästinenser schlicht und einfach Terroristen – fertig! Es gibt kein Interesse, über die Ursachen des Terrors nachzudenken. Es ist viel einfacher, Pro-Palästina-Proteste zu verbieten. In deutschen Nachrichtensendungen haben nur ukrainische und israelische Kriegsopfer Namen, Biografien und trauernde Familien, während palästinensische Bombenopfer nur in empathiefreien Tausenderpaketen gezählt werden. Das offenbart schlechten Journalismus.

Bedenkt man weiter, dass in Gaza nach vier Wochen Krieg schon mehr tote Zivilisten zu beklagen sind als im gesamten Ukrainekrieg, dann ist der gegen Deutschlands Medien erhobene Vorwurf, mit doppelten Maßstäben zu messen, mehr

als berechtigt. Offensichtlich begreift man höheren Ortes nicht, dass aus verletztem Gerechtigkeitsgefühl israelfeindliche Ressentiments und sogar neuer Antisemitismus entstehen können. Es ist ein Trauerspiel.
Doch wie soll es weitergehen? Gerade las ich in einem Zeitungsartikel ein Gedankenspiel über eine Utopie: ein einheitlicher Staat, benannt nach dem Urvater der monotheistischen Religionen, Abraham. Ein Staat als Heimstätte für Juden, Christen und Muslime. Israelis und Palästinenser leben friedlich nebeneinander. Ein Staat ohne Nationalismus, kulturell vielfältig, liberal, rechtsstaatlich und demokratisch. Warum sollte das nicht möglich sein?
Man muss es nur wollen – auf beiden Seiten, auch aufseiten des Stärkeren. So etwas gibt es: Ich habe erlebt, dass sich Utopien verwirklichen können. Die historischen Erzfeinde Deutschland und Frankreich haben sich dank zweier alter Männer versöhnt. Beide Länder sind heute tragende Pfeiler eines mühsam zusammenwachsenden Europas. Ich habe erlebt, dass Millionen Deutsche einen sowjetischen Präsidenten, Michail Gorbatschow, jubelnd empfangen haben. Ich habe erlebt, dass sich das, was ich Jahrzehnte nicht zu träumen wagte, praktisch über Nacht realisiert hat, dass es ein vereintes Deutschland gibt. Aus diesen Glückserfahrungen leitet sich Zuversicht und eine Verpflichtung Deutschlands für das Schicksal von Israel und Palästina ab. Ziel: Versöhnung durch Gerechtigkeit. Doch leider fehlen zurzeit zwei alte Männer vom Format der damaligen Akteure.

**Nachtrag**
Die obigen Ausführungen enthalten israelkritische Sätze, die das Potenzial haben, bewusst missverstanden zu werden. Deshalb ergänze ich meinen Text mit Anmerkungen zum Thema **Antisemitismus:**

Wenn ich als Deutscher das sage, was oben zu lesen ist, bin ich dann Antisemit? Die Antwort ist ein klares Nein! Ich erkläre das anhand von vier Beispielen:
1. Ich darf die israelische Besatzungspolitik verurteilen, auch wenn ich mich dadurch in Gegensatz zum Staat Israel oder seiner Regierung setze.
2. Ich darf den Staat Israel selbst dann kritisieren, wenn er sich als jüdischer Staat versteht.
3. Ich darf den israelischen Krieg gegen Gaza als falsch und völkerrechtswidrig bezeichnen.
4. Mehr noch: Ich darf sogar einen Menschen unsympathisch finden, auch wenn dieser Mensch ein Jude ist.
Das alles macht mich nicht zum Antisemiten, sondern – wenn sich meine persönlichen und politischen Einschätzungen als falsch erweisen – möglicherweise zum Dummkopf.
Im Grunde ist es ganz einfach: Was ich mit Blick auf Syrien, Iran, Russland, Großbritannien und USA kritisieren darf, kann mit Blick auf Israel nicht schlechthin verboten sein. Da macht das Recht keinen Unterschied. Die Grenze des Erlaubten wird erst dann überschritten, wenn Werturteile nicht an Tatsachen anknüpfen, sondern an Ressentiments. Überspitzt ausgedrückt: Der Antisemit nimmt dem Juden nicht übel, wie er ist und was er sagt oder tut, sondern dass er überhaupt existiert. Der Antisemit verübelt dem Juden alles – selbst wenn dieser das Gegenteil tun würde, weil er ihn, den Juden, einfach nicht mag.
Auf Staatsebene übertragen heißt das: Den Antisemiten stört weniger, was Israel tut oder unterlässt, sondern ihn stört, dass es den Staat Israel überhaupt gibt. Israelkritik hingegen ist etwas völlig anderes; es ist Missfallen an Fehlentwicklungen staatlichen Handelns. Deshalb waren die seinerzeit gegen Günter Grass, Martin Walser und Jakob Augstein erhobenen Antisemitismusvorwürfe diffamierend.
Nebenbei bemerkt: Ich kenne Juden, deutsche und israelische, die die Entwicklung Israels viel heftiger kritisier(t)en, als ich es in obigem Text getan habe. Diese aufrechten und mutigen jüdischen Persönlichkeiten sind/waren keine Antisemiten, sondern Humanisten.
Deshalb lassen wir uns nicht kopfscheu machen! Üben wir Kritik, klar, sorgfältig und entschieden, wenn es nötig ist, aber stets mit Empathie für das Judentum und für jüdische Menschen. Aber tappen wir nicht blindlings in eine raffinierte Falle! Der Vorwurf des Antisemitismus wird häufig als Knüppel benützt, um jede Kritik an Israel im Keim zu ersticken.

*Quelle:*
*https://www.nachdenkseiten.de/?p=106411*